

PROTOKOLL

über die 52. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. März 1997, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

-
BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTERIN:

Friederike Mach

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Ing. Othmar Schloßgangl, Ing. Dietmar Spanring, Wilhelm Spöck, Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Josef Brandstötter, Martin-Randolf Eisner, Helga Feller-Höllner, Ulrike Fuchs, Günter Fürweger, Walter Gabath, Hans Dieter Götz, Richard Gollatsch, Engelbert Lengauer, Brigitte Lohnecker, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser, Franz Rohrauer, Hermann Rupprechter

GEMEINDERÄTE:

Dr. Tilman Schwager, Franz Straßer, Arno Thummerer, Marco Vanek, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. Dr. Kurt Schmidl, Mag. Helmut Golda, Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCULDIGT:

Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil, GR Hermann Bachner, GR Felicitas Bauer, GR Engelbert Huber, GR Anna Jeloucan, GR Walter Oppl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Elke Kotas

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) GHJ1 -5/97 Öffentliche WC-Anlagen; Auftragsvergabe für Fremdreinigung
- 2) Bau6-1782/76 Mülldeponie der Stadt Steyr; Grundwassersondererrichtung außerhalb der Schmalwand
- 3) BauStr-699/94 Ausbau des Kronbergweges; Grundeinlöse

V E R H A N D L U N G S G E G E N S T Ä N D E

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen

- 2) Bau2-6446/86 Langfristiger Betrieb des FAZAT Steyr; Garantieerklärung der Stadt Steyr
- 3) Fin-195/94 Gesamtausbau des FAZAT Steyr; Finanzierung und Haftungsübernahme
- 4) Fin-210/95 SLR-Gußwerk II BetriebsgesmbH., Gußwerkstraße 7, 4400 Steyr; Gewerbeförderung
- 5) Fin-120/96 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1996 in das Finanzjahr 1997

-

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 6) Fin-146/96 Verein „Aktion Tagesmütter“, Subventionsansuchen für 1997
- 7) Fin-136/94 Rotkreuz-Einsatzzentrum Linz; Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr
- 8) SH-78/97 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1997

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL ANSTELLE VON BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 9) Fin-136/95 Jugendkulturhaus; Planung, Förderung
- 10) Fin-14/97 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 1997
- 11) Fin-57/95 Pfarramt Steyr-Gleink; Ölgemälderestaurierung; Zuschuß
- 12) Fin-39/97 Verein Industrieforum Steyr; Jahressubvention 1997

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

- 13) Fin-19/96 SK Vorwärts Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention
- 14) Str-35/94 Mülldeponie der Stadt Steyr; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der 2. Schüttetage; Errichtung der Oberflächenentwässerung im 1. BA samt Böschungsabdichtung Wa-63/94

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 15) Stw-3/97 Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustsätze 1996
- 16) Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; Vertragsanpassung für Bereitstellung und Jahresabnahmemengen
- 17) Stw-5/97 Stadtbad Steyr; Tarifregulierung im Bereich des städt. Hallenbades
- 18) Stw-4/97 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1996

19) ÖAG-5207/92 Neubau Hochbehälter Münchenholz; Verfließungsarbeiten; Auftragsvergabe

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

20) Pers-434/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1996 Pers-1020/85

21) Pers-38/97 Die Reform der Dienstausbildung im Magistrat der Stadt Steyr; Erlassung einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

22) Fin-227/95 Übernahme einer Haftung für ein Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 08

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM SPÖCK:

23) Fin-216/96 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1997

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

24) FW-1/97 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr

25) ÖAG-24/96 Verkauf diverser Grundstücke an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH

26) GHJ1-3/97 Ankauf eines Schutzbodens für die Kunsteisbahn; 2. Etappe; Sportplatz Rennbahn

27) ÖAG-6/97 Verkauf der Liegenschaft EZ. 1470, KG Steyr, an die Ehegatten Georg und Irene Staudinger, Steyr, Steiner Straße 4 d

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie alle sehr herzlich. Ich darf feststellen, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden die Gemeinderäte Hans-Dieter Götze und Richard Gollatsch gemeldet. Beide nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil, GR Anna Jeloucan, GR Felicitas Bauer, GR Walter Oppl. Zur Behandlung von allfälligen Anfragen, meine Damen und Herren, darf ich mitteilen, daß Herr GR Hans Payrleithner mit Schreiben vom 13.3. eine Anfrage an Herrn StR. Bremm gestellt hat. Ich ersuche Herrn StR Bremm, diese Anfrage zu verlesen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Anfrage des GR

Kollegen Payrleithner, diese lautet: „Gem. § 10 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stelle ich im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage. Ohne die betroffene Bevölkerung zu informieren, wurden im Stadtgebiet von Steyr die Kunststoffsammlerbehälter entfernt. Jahrelanges Bemühen und Erfolge in der Abfalltrennung werden dadurch gefährdet. Es ist auch zu befürchten, daß dadurch Kunststoff wieder vermehrt in den Hausmüll wandert, was für die betroffenen Bürger mittelfristig wieder zu erhöhten Müllgebühren führt. Negative Auswirkungen auf das Umweltbewußtsein sind ebenfalls zu befürchten. Meine konkreten Fragen lauten:

- 1.) Werden Verhandlungen mit der ARGEV aufgenommen, um diesen leidigen Zustand zu beenden?
- 2.) Wann ist wieder mit einem flächendeckenden Versorgungssystem für Kunststoff zu rechnen?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, indem das doch ein etwas sensibles Thema ist, möchte ich für ein besseres Verständnis ein bißchen ausholen. Ich möchte hier chronologisch die aktuelle, rechtliche Situation darlegen. Um eine geordnete Entsorgung der immer mehr anfallenden Verpackungstoffe zu sichern, wurde seitens des Bundesministeriums für Umweltschutz auf Grundlage des Abfallwirtschaftsgesetzes die Verpackungsverordnung 92 und die Verpackungszielverordnung 92 erlassen. Zum Vollzug dieser Verpackungsverordnungen wurde zur Erfüllung des „Prinzips der Produzentenverantwortlichkeit“ eine gemeinsame Plattform der österreichischen Wirtschaft mit dem Namen „Altstoff-Recycling-Austria-AG“, kurz ARA genannt, geschaffen, die sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Branchenrecycling-Gesellschaften bedient. Eine dieser Gesellschaften ist die Verpackungsverwertungs GesmbH, kurz ARGEV genannt. Diese hat die Verpflichtung übernommen, Verpackungen aus den Packstoffen Kunststoff, Metall, Materialverbund, Holz, Keramik und Textilien zu sammeln. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß der Gemeinderat mit Beschluß vom 9. Juni 1994 den Abschluß des sogenannten „Triangelvertrages“ zugestimmt hat.

Für die Sammlung bedient sich diese Gesellschaft wiederum eines Unternehmens, auf dessen Bestellung die Stadt durch den vorgenannten Vertrag einen gewissen Einfluß erhalten hat. Die Stadt übernahm die Verpflichtung, die notwendigen Standplätze gemäß des Vertragsteiles „Select-Regional“, der alljährlich überprüft wird, bereitzustellen, diese zu befestigen und zu adaptieren sowie diese ständig zu betreuen. Weiters hat die Stadt die Verpflichtung, eine entsprechende Informationstätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der ARGEV bzw. ARA durchzuführen, wobei von den vorgenannten Gesellschaften die jeweilige Richtung vorgegeben wird.

Verpflichtend für die ARGEV war also, daß pro Kopf und Jahr 10,5 kg Kunststoff gesammelt werden. Dies bedeutet für den Bereich der Stadt Steyr eine Sammelmenge von 413.458 kg. Als Berechnungsgrundlage dient die Bevölkerungsanzahl, basierend auf dem Ergebnis der letzten Volkszählung. Die vorgenannte Menge wurde im Vorjahr, also 1996, massiv überschritten und liegt bei 520.000 kg. Aufgrund der nunmehr weiters erfolgten Änderung der Verpackungsverordnung, die hinsichtlich der Rücknahmeverpflichtung aufgeweicht wurde, liegt die Rücklaufquote des Verpackungsmaterials lt. ministeriellem Beschluß bei 50% der Gesamtabfallmenge. Die ARGEV hat somit ihr vorgegebenes Ziel bei weitem erreicht und in Steyr sogar um 30 % überschritten, also die 413.000 kg zu den 520.000 kg.

Da die entsprechende finanzielle Abdeckung zur Sammlung und Verwertung dieser mehr gesammelten Stoffe nunmehr fehlt, war die ARGEV österreichweit gezwungen, diese Sammlung soweit zu optimieren, daß nur mehr die vom Gesetz geforderte Menge zurückgenommen wird.

Dies ergab in Steyr den Umstand, daß einige Standorte, und zwar in erster Linie jene, die mit dem sogenannten „Sacksystem“ entsorgt wurden, aufgelöst und die Entsorgung durch die in der Nähe liegenden Sammelstellen, die mit entsprechend großen Containern bestückt sind, übernommen wurden. Da die Dichte der Container in Steyr aufgrund des sehr stark ausgebauten Systems groß ist, ergibt sich der Umstand, daß es kaum größere Wege für die betroffenen Bewohner gibt, wohl treten natürlich einzelne Härtefälle, im besonderen im Altstadtbereich, auf. Zum besseren Verständnis,

meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund der Rücknahme dieser Sackbehälter, die ja außerhalb des Einflusses der Stadt liegt - weil es hier einen Vertrag zwischen der ARGEV und der Fa. Bittner gibt - ergibt sich im äußerst extremsten Fall ein zusätzlicher Weg für bestimmte Bevölkerungsgruppen in einem sehr eingeschränkten Ausmaß, und zwar ungefähr in der Länge zwischen 150 m, aber maximal 200 m. Also wenn wir hier von einer Dichte dieser Plastikcontainer reden, dann ist der weiteste Weg - und das in der Regel im Bereich außerhalb des dichten Wohngebietes - im Ausmaß von 200 m.

Logischerweise wurde mit den Verantwortlichen der ARGEV darüber der Kontakt hergestellt und Verhandlungen geführt, jedoch kann sich die ARGEV auf die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages berufen und besteht weiters für sie keine Verpflichtung, die Kunststoffabfälle, die über der gesetzlich festgelegten Rücklaufmenge vorhanden sind, zu sammeln und zu verwerten. Der Stadt ist folglich keine „rechtswidrige Säumigkeit“ oder eine sonstige diesbezügliche Unterlassung vorzuwerfen.

Daß die Stadt Steyr diese Sammlung selbst durchführen müßte und folglich auch deren Kosten zu tragen hätte, erscheint aus den Punkten, die ich vorher erwähnt habe, entbehrlich.

Zu Pkt. 2) Dazu ist festzustellen, daß die Entsorgung des Kunststoffabfalles natürlich weiterhin flächendeckend erfolgt - wie ich vorher auch erwähnt habe - , da ja lediglich auf den schwach ausgelasteten Plätzen eine Reduzierung der Behälter des Sacksystems erfolgte. Schwach ausgelastet deshalb, weil ja diese Sackbehälter nur ein Volumen von 90 l ausgemacht haben und jetzt mit den anderen Behältern ja wesentlich mehr Liter und 1200 l die Plastikcontainer ausmachen. Die Gesamtbehälter-Volumszahl bleibt in Steyr deswegen auch gleich - also es wird mit diesen Behältern, die hier von 310 auf ca. 280 reduziert wurden, weiterhin möglich sein, daß die 520.000 kg Plastik auch in Zukunft gesammelt und weiterhin an die Sammelplätze gebracht werden können -, weil nunmehr auch verbindlich festgelegt werden konnte, daß die Container auf den stark frequentierten Sammelstellen nicht nur wie bisher einmal wöchentlich, sondern dreimal wöchentlich entleert werden, was bis jetzt vertraglich nicht geregelt war. Und hier kann man ein Problem, das wir ständig am Wieserfeldplatz haben, wo die Container immer überlaufen, also in diesem Bereich haben wir jetzt vertraglich abgesichert, daß auch in Zukunft diese Container nicht wie bisher einmal oder zweimal wöchentlich, sondern dreimal wöchentlich entleert werden. Im Resthof, auf der Ennsleite und im Münichholz haben wir hier auch Plätze, die also stark frequentiert sind. Da haben wir jetzt vereinbart, daß die dreimal wöchentlich entleert werden.

Diesem Umstand ist besonderes Gewicht zuzuordnen, weil diese Standorte in der Vergangenheit - wie uns allen hier bekannt ist - mehrmals Anlaß zu Beschwerden gegeben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das als Beantwortung zu den Fragen von Herrn GR Payrleithner. Ich möchte nur hinzufügen, wenn wir hier des öfteren Diskussionen führen, mehr Privat, weniger Staat, weniger öffentl. Hand, gerade bei der Müllentsorgung und in den Bereichen Kunststoffverwertung, Kunststoffentsorgung, Glasentsorgung ist klar - auch das ist ja immer ein Thema in der Öffentlichkeit -, daß diese Betriebe rein private Betriebe sind. Und wir können feststellen, daß gerade in diesem Bereich die Privatisierung, wenn nicht die öffentl. Hand hier doch zum Teil lenkend eingreift, auch nicht das Gelbe vom Ei ist. Es ist hier die wirtschaftliche Situation, die in diesen Unternehmungen zum Teil vorherrscht, sehr angespannt. Wir kennen das auch in der Glasentsorgung. Auch hier gibt es ja Gerüchte, gewaltige Probleme. Und wenn die Privaten dann nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen, dann muß die öffentl. Hand hier wieder einschreiten und in Vorlage treten. Ich meine nur dazu, daß wir auch in Zukunft in diesen Bereichen, Müllentsorgung oder bestimmte Aufgaben der öffentl. Hand, die nicht unbedingt Kernaufgaben sind, aber daß das für die Sauberkeit der Stadt, für die Umwelt ganz wichtig ist und wir hier als Stadt oder als öffentl. Hand auch unsere Hände darin haben müssen, um hier lenkend eingreifen zu können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Herr StR. Bremm. Kollege Payrleithner wünscht eine Zusatzfrage.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, ist es möglich, daß der Herr StR. Bremm dem Gemeinderat auch mitteilt, was mit dem gesammelten Kunststoff letztendlich geschieht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, Herr Stadtrat.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Was passiert mit dem gesammelten Kunststoff? Die Fa. Bittner ist der Vertragspartner der ARGEV, der sammelt den Kunststoff ein. Der Kunststoff wird dann getrennt, weil auch in unseren Kunststoffbehältern zum Teil Plastik entsorgt wird, das nicht verwertbar ist. Hier ist es aber sehr schwer in der Bevölkerung so zu werben, daß nur verwertbares Plastik gesammelt wird, also das ist nicht rüberzubringen. Es wird hier zwischen verwertbarem und nicht verwertbarem Kunststoff getrennt. Der verwertbare Kunststoff wird an die ARGEV geliefert, die zum Teil verwertet, recycelt und zum Teil auch für thermische Verbrennungen verkauft. Und der nicht verwertbare Anteil an Plastik, der wird auf unserer Mülldeponie gelagert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, ich darf mitteilen, daß der Herr LR Hiesl mir in einem Schreiben vom 3. März mitgeteilt hat, daß im Zuge der weiteren Bauabwicklung **Nordspange Steyr** eine Wirtschaftswegüberführung zunächst bei km 2,736 gebaut wird und hier S 5,591 Mio. aufgewendet werden. Die Landesbaudirektion ist mit der Bauausführung und Bewachung beauftragt. LR Hiesl hat mich ersucht, dies auch dem Gemeinderat mitzuteilen, was ich somit auch getan habe.

Die Österr. Umweltschutzorganisation „**GLOBAL 2000**“ hat mich in einem Schreiben ersucht, ihre Aktion „Keine Freisetzen von gentechnisch veränderten Pflanzen in unseren Gemeinden“ zu unterstützen. Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden, die sich einhellig dafür erklärt haben, diese Aktion zu unterstützen, habe ich diesen Resolutionstext namens der Stadt unterschrieben und damit unsere Gegnerschaft bekundet.

Das **Steyrer Hallenbad** wird ab 28. März wieder geöffnet sein. Über die Osterfeiertage bis zum Dienstag wird der Eintritt frei sein, damit die Bevölkerung über die Osterferien, vor allem die Kinder, hier das renovierte und instandgesetzte Bad auch ausgiebig benützen können. Die offizielle Eröffnung wird am 2. April um 17 Uhr stattfinden. Es wurde ihnen, meine Damen und Herren, eine diesbezügliche Einladung bereits vorgelegt.

Eine Premiere fand vergangenen Freitag in den Räumlichkeiten der Schloßgalerie statt. Unter dem Motto „young art“ erfolgte hier die Ausstellungseröffnung der **1. Steyrer Jugendgalerie**. Hier

können Steyrer Nachwuchskünstler ihre Werke der Öffentlichkeit vorstellen. Diese Aktivität geht auf den Wunsch und die Forderung des vorjährigen Steyrer Jugendgemeinderates zurück, die seitens der Stadt nunmehr erfüllt wurde. Diese Ausstellung ist noch bis 30. März zu besichtigen.

Der **Rassekleintierzüchterverein Steyr** hat mir mitgeteilt, daß die Eröffnung der diesjährigen Osterausstellung in der Bundesbahngarage in der Werndlstraße stattfinden wird, und zwar am Ostersonntag. Er bittet hier um zahlreichen Besuch der Stadtsenats- und Gemeinderatsmitglieder, da es sich in diesem Jahr auch um das 100-Jahr-Jubiläum dieses Vereines handelt. Ich darf sie also ersuchen, dieser Ausstellung Folge zu leisten.

Zur **Arbeitsmarktlage** ist zu sagen, daß die Quote Ende Februar 8,7 % beträgt, und im Vergleich zum Vormonat eine leicht fallende Tendenz um 0,4 Prozentpunkte festzustellen ist. Die Gesamtsumme der Arbeitslosen beträgt 3.565. Diese Zahl ist gegenüber dem Vormonat um 4 % rückläufig und gegenüber dem Vorjahr um 4,1 %. Es sind im Februar 1997 174 offene Stellen gemeldet, das sind um 2 mehr als im Vergleichsmonat vergangenen Jahres.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Ich darf sie bitten, unter Pkt. 4 die Beschlüsse des Stadtsenates, die ihnen mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf ihnen vor Eingang in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände kundtun, daß 2 **Dringlichkeitsanträge** eingegangen sind, der eine beschäftigt sich mit einer Resolution an die OÖ. Landesregierung, betreffend die Abänderung der Darlehensbedingungen für Wohnbauförderungsdarlehen 1968.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr an die OÖ. Landesregierung:

Abänderung der Darlehensbedingungen für Wohnbauförderungsdarlehen 1968

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert eine Abänderung der Rückzahlungsbedingungen bei jenen Förderungsdarlehen des Landes Oberösterreich, bei denen die Rückzahlungsrate zwanzig Jahre nach Erstbezug von 1 auf 3,5 v.H. angehoben wird. Diese Erhöhung soll fünf Jahre ausgesetzt werden, da fünfundzwanzig Jahre nach Erstbezug ohnehin die verstärkten Tilgungen aufgrund des Auslaufens der zur Ausfinanzierung aufgenommenen Bankdarlehen einsetzen. Diese verstärkten Tilgungen sollen sodann auf die Erhöhung angerechnet werden.

Begründung:

Durch die Anhebung der Annuitäten der Förderungsdarlehen zwanzig Jahre nach Erstbezug von 1 auf 3,5 v.H. des Darlehensnominales kommt es zu starken Mietzinserhöhungen um bis zu S 10,--/m² monatlich. Zum gleichen Zeitpunkt laufen bei diesen Objekten die Grundsteuerbefreiungen aus, was zu weiteren Verteuerungen für die Mieter führt.

Da fünf Jahre später die Annuitäten der zur Finanzierung aufgenommenen Bankdarlehen auslaufen und zu einer verstärkten Tilgung der Förderungsdarlehen verwendet werden müssen, würde die oben geforderte Vorgangsweise zwar eine geringfügige Laufzeitverlängerung der Förderungsdarlehen bedeuten, gleichzeitig aber die zu starken Protesten der betroffenen Mieter führenden eklatanten Mietzinserhöhungen verhindern. Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der breite Schichten der Bevölkerung durch Sparpaket oder/und Verlust des Arbeitsplatzes einschneidende Einsparungen in ihrer Lebensführung hinnehmen müssen, finden die oben beschriebenen Mieterhöhungen bei den betroffenen Mietern absolut kein Verständnis.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr richtet an die OÖ. Landesregierung daher den dringenden Appell, die Rückzahlungsbedingungen für die betroffenen Förderungsdarlehen des Landes

Oberösterreich im Sinne dieser Resolution abzuändern.

Dieser Antrag wird von allen Fraktionen - soweit ich das sehen kann - unterstützt. Ich schlage vor, daß wir am Ende der Tagesordnung diesen Tagesordnungspunkt behandeln. Ich darf fragen, ob zur Dringlichkeit noch jemand das Wort wünscht? Wenn sie meinem Vorschlag folgen, die Dringlichkeit zuzuerkennen, und daß wir am Ende der Tagesordnung die Debatte darüber führen, dann bitte ich sie um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand anderer Meinung? Nicht der Fall, damit ist die Dringlichkeit zuerkannt und wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Der zweite **Dringlichkeitsantrag** zur heutigen Sitzung wurde von der ÖVP-Fraktion eingebracht und lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Offensive Wirtschaftsförderung durch die Stadt Steyr in folgenden Punkten:

1. Lehrlingsförderung: Jeder Betrieb in Steyr, der ab 1.1.1997 einen neuen Lehrling aufgenommen hat bzw. aufnehmen wird, soll mit S 5.000,-- pro neuen Lehrling gefördert werden. Diese Förderung wird vorerst für ein Jahr ausbezahlt.

Begründung:

Derzeit fördert die Stadt das Rückgrat ihrer Wirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe bei 8 % Arbeitslosen und 157 Lehrstellensuchenden mit öS 3 Mio. Das sind ganze 3 Promille ihres Budgets. Das erscheint der ÖVP Fraktion derzeit als bei weitem zuwenig.

Ich darf auch in diesem Fall vorschlagen, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und am Ende der Tagesordnung als Dringlichkeitsantrag Nr. 2 zu behandeln.

Wenn sie zur Dringlichkeit das Wort wünschen, bitte ich, das jetzt zu tun. Das ist nicht der Fall, wenn sie meinem Vorschlag folgen, bitte ich sie, das mit einem Handzeichen kundzutun. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Dem Antrag wurde die Dringlichkeit zuerkannt, somit können wir in die Tagesordnung bzw. zur **Behandlung der Verhandlungsgegenstände** übergehen. Und ich möchte dazu der Kollegin Mach den Vorsitz übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERST. BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Es ist ein Antrag, der alle Jahre zu beschließen ist, und ich darf ihnen den Antrag vortragen:

1) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1997 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den mit Grundsatzbeschluß vom 3. Juli 1992 festgelegten Ansätzen, valorisiert um die Indexsteigerung von Dezember 1991 auf Dezember 1995 in Höhe von 12,7 %.

Im einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

SPÖ S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 383.180,-- (pro Mandat

S 22.540,--)

S 287.385,-- (Fraktionsumlage)

S 910.052,50

FPÖ S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 202.860,-- (pro Mandat

S 22.540,--)

S 152.145,-- (Fraktionsumlage)

S 594.492,50

ÖVP S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 180.320,-- (pro Mandat

S 22.540,--)

S 135.240,-- (Fraktionsumlage)

S 555.047,50

GAL S 239.487,50 (Sockelbetrag)

S 45.080,-- (pro Mandat

S 22.540,--)

S 33.810,-- (Fraktionsumlage)

S 318.377,50

Im Zuge der Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1996 wurde der gegenständliche Voranschlagsposten der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen gegenüber dem Ansatz von 1995 einer 20%igen Reduktion unterzogen. Resultierend daraus wurden daher im Rechnungsjahr 1996 die oben dargestellten, rechnerisch ermittelten Beträge lediglich mit einem um 20 % verminderten Ansatz zur Auszahlung gebracht, sodaß sich im einzelnen für die jeweiligen Gemeinderatsfraktionen für 1996 nachstehender Auszahlungsbetrag ergab, der aufgrund der unveränderten Höhe des Budgetansatzes auch für 1997 zur Auszahlung gelangt:

SPÖ S 910.052,50 -20%= 728.042,--

FPÖ S 594.492,50 -20%= 475.594,--

ÖVP S 555.047,50 -20%= 444.038,--

GAL S 318.377,50 -20%= 254.702,--

Gesamtbetrag

S 2.377.970,-- -20%= 1.902.376,--

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,902.400,--(Einmillionneunhundertzweitausendvierhundert)

werden bei der VASt. 1/0000/757000.3 freigegeben.

Ich ersuche, Frau Vizebürgermeisterin, um Debatte bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, der gibt ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 2 beschäftigt sich mit der Sicherung der Betriebskostenzuschüsse zur Deckung der betrieblichen Abgänge des FAZAT über eine Periode von 15 Jahren ab Projektabschluss. Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Errichtung des Fachhochschulgebäudes, in dem auch das Forschungsinstitut VPTÖ-Profactor untergebracht wird, sind wir bzw. das FAZAT an das Land bzw. an den Bund um entsprechende Förderungsmittel herangetreten. Im Gegenzug verlangt nun der Bund und das Land eine Garantie, daß wir diese Einrichtung auch über diesen Zeitraum sozusagen am Leben erhalten. Und wir haben hier entsprechende Verhandlungen geführt. Es geht immerhin um eine Förderungssumme von insgesamt mehr als S 34 Mio. Und der Stadtsenat hat diese Causa bereits beraten und einstimmig hier den Beschluß gefaßt. Nun darf ich ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen.

2) Bau2-6446/86 Langfristiger Betrieb des FAZAT Steyr; Garantieerklärung der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 14.2.1997 verpflichtet sich die Stadt Steyr für 15 Jahre ab Inbetriebnahme des Gesamtausbaus des FAZAT Steyr zur Abdeckung etwaiger betrieblicher Abgänge, die sich aus dem ausschließlichen Zentrumsgebiet ergeben, über den Verein FAZAT durch entsprechende Maßnahmen einen ausgeglichenen Zentrumsbetrieb sicherzustellen.

Ich bitte auch hier um Debatte bzw. Abstimmung und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Nicht der Fall. Wenn sie für den Antrag sind, ersuche ich sie um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen den Antrag? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich neuerlich mit dem FAZAT. Im Zuge dieses Ausbaus ist eine Darlehensaufnahme erforderlich. Zur Erreichung eines optimalen Zinssatzes ist es notwendig, als Stadt eine Haftung zu übernehmen. Ein Umstand, der uns eher weniger betrifft, was hier die Haftung an sich anbelangt, weil wir ja in Wahrheit die Haftung für dieses gesamte Projekt ohnehin haben, aber verwahrrechtlich ist für dieses Darlehen eine Haftung erforderlich. Die konkrete Einsparung beträgt durch verminderte Zinsen des FAZAT-Darlehens S 750.000,--, und es ist daher im höchsten Maße wirtschaftlich, diesen Beschluß heute herbeizuführen.

3) Fin-195/94 Gesamtausbau des FAZAT Steyr; Finanzierung und Haftungsübernahme

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 3. März 1997 wird der Übernahme eines Finanzierungsanteiles in der Höhe von insgesamt S 35,5 Mio. (1995: S 2,5 Mio., 1996 - 1998: jeweils S 10 Mio., 1999: S 3 Mio.) für den Gesamtausbau des FAZAT Steyr

grundsätzlich zugestimmt und für das Jahr 1997 bei VAS 5/2890/777000.2 ein Betrag in der Höhe von S 10.000.000,- freigegeben. Die Auszahlung der Förderungsbeiträge in den Jahren 1997 und 1998 an den Verein FAZAT haben quartalsweise zu erfolgen.

Weiters wird der Übernahme einer Ausfallhaftung gem. § 1356 ABGB für ein Darlehen des Vereines FAZAT bei der Oberösterreichischen Landesbank in der Höhe von S 24.000.000,- gemäß beiliegendem Schuldschein und Bürgschaftsvertrag - vorbehaltlich der hierzu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 10.000.000,- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte sie auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Wenn wir hier einen Antrag vorliegen haben, nachdem eine Haftung der Stadtgemeinde Steyr für einen Schuldschein zu übernehmen ist, so darf ich darauf hinweisen, daß es sich hier um eine Ausfallhaftung handelt. Das heißt, die Ausfallbürgschaft kommt erst zum Tragen, wenn alle anderen Versuche, die Forderung - sollte sie, wie man so schön sagt, krank werden - hereinzubringen, fehlgeschlagen haben. Wir haben schon Ausfallbürgschaften übernommen, die uns viel mehr Bauchweh gebracht haben als die hier. Und außerdem geht es hier ja wirklich um einen Zweck, der der Stadt nützt, sodaß ich sie bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Gewerbeförderung für das Unternehmen SLR-Gußwerk II Betriebsges.m.b.H in Hinterberg. Es soll hier eine Förderung für Investitionen ausgeschüttet werden. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) Fin-210/95 SLR-Gußwerk II Betriebs gesmbH., Gußwerkstraße 7, 4400 Steyr; Gewerbeförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 25. Februar 1997 wird der Firma SLR-Gußwerk II BetriebsgesmbH., Gußwerkstraße 7, 4400 Steyr, für die im Zuge der Installation einer neuen vollautomatischen Grünsand-Preß- und Formanlage getätigten Investitionen in der Höhe von S 41,25 Mio. (exkl. MWSt.), zu den nicht der RIP-Förderung unterliegenden baulichen Investitionen in der Höhe von S 4,4 Mio., zu dem entsprechenden Anteil des Darlehens bei der VKB Steyr ein 2%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 337.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VASSt. 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 91.000,-- für das Rechnungsjahr 1997 freigegeben.

Ich bitte um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Der letzte Antrag ist in Auswirkung seiner Summe sehr hoch und wird alle Jahre wieder in ähnlicher Höhe gefaßt oder zu fassen sein. Resultierend also daraus, daß hier die verschiedenen Projekte der Stadt im Kalenderjahr nicht zur Gänze fertiggestellt bzw. abgerechnet werden oder werden können, und daß es auch hier gilt, die Spielräume mit den Zahlungszielen usw. auszunützen. Im heurigen Jahr ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Fin-120/96 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1996 in das Finanzjahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 5. März 1997 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von S 6,485.000,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 43,294.000,--, in Summe S 49,779.000,--, genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der

Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Kollegin Mach um den Vortrag ihrer Anträge.

BERICHTERST. VIZEBGM. FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag betrifft den Verein „Aktion Tagesmütter“, und zwar geht es um die Subvention für das Jahr 1997. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Fin-146/96 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subventionsansuchen für 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 23. Januar 1997 wird dem Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ für das Jahr 1997 eine Subvention im Ausmaß von S 1.900,-- pro betreutem Kind und Monat, höchstens jedoch S 500.000,-- insgesamt, gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder unter 3 Jahren.

Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten bei der VASSt 1/4390/757000.4 ein Betrag von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege StR. Spöck, ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich finde den Verein „Aktion Tagesmütter“ für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren als eine sehr wichtige, unterstützenswürdige Einrichtung. Insbesondere in der letzten Zeit, wenn man die neuen

Öffnungszeiten bedenkt, die ja die Frauen sehr, sehr schwer treffen. Und es wird immer schwieriger, die Kinder versorgt zu wissen. Der Sozialausschuß hat sich auch in seiner Sitzung am 23. April 1996 einstimmig dafür ausgesprochen, den Beitragssatz 97 von S 1.800,- auf S 1.900,- zu erhöhen. Unklar waren auch bei der StS.-Sitzung, wo wir gefragt haben, die S 6.260,-. Ich habe eine Aufklärung bekommen. Die Selbstkosten in Höhe von S 6.260,- für den Verein setzen sich aus einem Bruttoentgelt der Tagesmutter S 3.601,-, 1/12 Urlaubsbeihilfe, 1/12 Weihnachtsremuneration, je S 300,-, 24,4 % Dienstgeberanteil sind S 879,-, 23,9 % Dienstgeberanteil Sonderzahlung S 143,-, 4,5 % Familienlastenausgleichsfonds S 189,- zusammen; dazu kommt dann noch die Verpflegung für ein Tageskind mit S 748,-, das ergibt diese 6.260,-. Auch interessant vielleicht bei dieser Gelegenheit für den Gemeinderat, der Nettogehalt der Tagesmutter pro Kind und Monat beträgt S 2.940,- + S 748,- Verpflegungskostenbeitrag, also insgesamt S 3.688,-. Alles richtig - alles zu unterstützen. Was mir nicht ganz eingeht, und das ist auch ein Grund meiner Wortmeldung, ist die Dringlichkeit. Dringlichkeit insofern, weil in der Sozialausschußsitzung am 24. April 1996 einstimmig diese Erhöhung beschlossen wurde. Ich finde die Dringlichkeit - na ja - nicht ganz verständlich, würde ich sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weiters zu Wort gemeldet, Herr Koll. Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, trotz des schlechten Wetters, obwohl heute Frühlingsanfang ist, erlauben sie mir ein paar Beiträge zu diesem Tagesordnungspunkt. Mein Vorredner hat es schon angesprochen. Am 23. April 1996 ist diese Sache im Ausschuß behandelt worden. Und jetzt, im März 1997, haben wir sie zu behandeln, ich glaube, das ist nicht notwendig. Bitte steigen sie dem Geschäftsbereichsleiter ihres Ressorts ein bißchen auf die Zehen, daß er das in Zukunft ändert, daß wir wirklich hier einen Aktenlauf haben, der ein Zeitplan ist. Ich glaube, so etwas brauchen wir nicht. Weiters wünschen wir uns, daß wir von den Sozialausschußsitzungen Protokolle bekommen, und zwar rechtzeitig, nicht nur die Fraktionsobmänner, sondern auch die Mitglieder. Und ich möchte auch auf den letzten Sozialausschuß eingehen, bei dem es wirklich wie auf einem Basar zugegangen ist. Es hat hier einen Tagesordnungspunkt gegeben, den man 20 Minuten hinterfragen hat müssen. Es ist von S 134.000,- Subvention ausgegangen worden, dann sind S 20.000,- Amtsvorschlag gewesen, dann hat der Herr GR Oppl gemeint, S 35.000,- wären genug und zur Abstimmung sind S 30.000,- gekommen. Ich glaube, das ist nicht notwendig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zur Sache, das ist heute nicht da drinnen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es geht hier um die Subventionsansuchen im allgemeinen, und das muß endlich einmal ein Ende haben. Es ist doch nichts dabei, wenn sie uns sagen, es geht hier um eine Wanderausstellung. Wollen wir sie? Ja oder nein. Wie lange wollen wir sie?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat mit den Tagesmüttern nichts

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Was kostet sie? Wollen wir sie eine Woche, zwei Wochen oder drei Wochen? Ändern sie bitte ihre Vorgangsweise im Sozialausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat mit den Tagesmüttern nichts zu tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat einen Ausflug gemacht. Nicht?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollegin Radmoser, bitte sehr. Das Wetter ist schlecht, trotzdem macht er einen Ausflug - der Kollege Fürweger.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist eigentlich traurig und beschämend, daß wir jedes Jahr wieder über das Thema „Verein Tagesmütter“ diskutieren. Es müßte bereits eigentlich allen klar sein, wie wichtig für die Stadt diese Einrichtung ist. Im Gegenteil, wie dringend wir sie eigentlich brauchen, denn die Stadt Steyr selbst hat ja keine Kinderkrippe. Und wie sie wissen - wie auch schon vom Kollegen Spöck angeführt wurde -, gibt es dieses neue Gesetz, daß für Frauen bereits nach 1 1/2 Jahren das Karenzjahr endet, daß alleinerziehende Mütter wieder arbeiten gehen müssen, und sie bekommen nur dann eine Sondernotstandsunterstützung, wenn sie nachweisen können, daß die Stadt Steyr keine Betreuungseinrichtung zur Verfügung stellen kann. Der Verein Tagesmütter hilft uns dabei.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das weist auf eine schlechte Familienpolitik

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wo steht das geschrieben, daß jemand - eine alleinerziehende Mutter ist verpflichtet arbeiten zu gehen und hat die Notwendigkeit arbeiten zu gehen, darum gibt es diese Einrichtungen, damit sie diese Möglichkeit auch nützen kann. Und wenn sie das nicht nützen kann und Sondernotstandsunterstützung bekommt, muß die Stadt Steyr S 2.000,-- dazuzahlen. Also sind die S 1.900,-- für den „Verein Tagesmütter“ ja noch wesentlich günstiger. Und weil immer gesagt wird, daß das voriges Jahr bereits beschlossen wurde. Ja, das stimmt ja auch, es geht ja auch um die S 1.900,-- und um diese Subventionsfreigabe für das Jahr 1997 und nicht für 1996, wie immer von der Verzögerung gesagt wird. Wozu dieser Beitrag der Tagesmütter verwendet wird, wurde ja bereits vom Kollegen Spöck ausgeführt. Und ich glaube, keine Tagesmutter kann sich damit das große Geld machen, wie da manchmal vermutet wird. Ich ersuche wirklich alle, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, denn es ist wirklich sehr, sehr wichtig, daß dieser Verein zur Verfügung steht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Radmoser, liebe Edith. Um das klarzustellen, das Thema als solches steht überhaupt nicht zur Diskussion. Wir sind hier nicht dazu da, um eine verfehlte Familienpolitik, die auch nicht wir hier machen, jetzt zu kritisieren, das müssen wir auf Bundesebene machen und werden wir dort auch weitermachen. Wir sind hier - nur jetzt in der Situation -, daß wir die Folgen davon wirtschaftlich ausbaden müssen. Daß wir natürlich den insbesondere alleinstehenden, alleinerziehenden Müttern beistehen müssen, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, und ich bitte daher auch, das so zu verstehen. Wenn von unserem Kollegen angemahnt wurde, daß der Aktenlauf so lange gedauert hat, so ändert das doch bitte nichts an der Zustimmung zur Sache.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Kollege Mag. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium, so ein Frühlingsbeginn scheint wirklich zu geistigen Ausflügen zu verleiten. Und ich glaube, daß es unbedingt notwendig war, daß der Kollege Schwager hier einige Klarstellungen durchgeführt hat. Ich glaube nämlich, daß hier die Äußerungen von Herrn Kollegen Fürweger als nichts anderes bezeichnet werden können, als einen Ausflug, den er wahrscheinlich selbst nicht geplant hat. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß man hier im Gemeinderat, in aller Öffentlichkeit, Sachen kritisiert, die

man genausogut - und dort wäre es auch angebracht -, im Ausschuß diskutieren könnte, weil dort in der geeigneten Form das richtige Gremium dafür vorhanden ist und man dann im Endeffekt eine Lösung findet, wenn einem etwas schon nicht passen sollte. Allerdings bin ich der Meinung, daß das dann weniger populistische Wirkung hätte, darüber hinwegtäuschend natürlich, wenn es offensichtlich an der Sache nichts zu kritisieren gibt, weil es eine gute Sache ist - und das möchte ich einmal deutlich von meiner Warte beleuchten -, und dann scheint es die einzige Möglichkeit für Koll. Fürweger zu sein, sich zu Wort zu melden, um irgendwelche Äußerungen zu tätigen, die äußerst unpassend sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Werden nicht gewünscht. Das Schlußwort, Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte auch vorerst einmal, was Kollegen Fürweger anlangt, sagen, ich war über seine Wortmeldung gar nicht überrascht, denn daß er sich auch im Ausschuß zum Teil unmöglich benimmt, bin ich schon gewöhnt, also hat mich das nicht mehr erschüttert. Das möchte ich gleich richtigstellen, und ich glaube, mehr brauche ich dazu nicht sagen. Ich möchte aber zum Aktenlauf

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die im Ausschuß sind,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ruhe! Sie wird es noch erklären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

.....werden wissen, was ich meine, daß er sich unmöglich benommen hat, daß er zu mir sagt,

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie wird es noch erklären. Zu Wort kannst du dich melden, aber nicht immer schreien. Also alles, was recht ist! Die Rednerin ist am Wort, ihr habt euch zuvor zu Wort melden können, und jetzt stellt sie aus ihrer Sicht ihre Betrachtungen an, ihr habt das vorher aus eurer Sicht getan. So wird die Diskussion geführt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER

Warum sollen wir uns dann im Schlußwort beschimpfen lassen, Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was heißt beschimpfen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich beschimpfe niemand! Ich möchte das jetzt klarstellen. Ich habe nur gesagt, es war 1. einmal nicht das Thema meines Antrages und 2. sollte man bei der Sache bleiben. Ich habe einen Antrag über Tagesmütter gestellt und nicht über das, was wir im Ausschuß diskutiert haben. Das möchte ich klarstellen. Und ich glaube, da hat sich Herr Fürweger ein bißchen unmöglich benommen. Mehr habe ich nicht gesagt. Und das habe ich jetzt wiederholt. Eines möchte ich noch zum Dringlichkeitsantrag sagen. Es ist nicht so, daß der Aktenlauf so lange gedauert hat, sondern beim Verein „Aktion Tagesmütter“ ist der Ablauf so, daß jedes Monat im nachhinein ausbezahlt wird. Und da wir vom Amt bis zum Schluß nicht gewußt haben, im Dezember haben wir erst die Budgetsitzung gehabt und da ist dieser Betrag beschlossen worden, darum der Dringlichkeitsantrag, weil ja die Monate Jänner und Februar bereits bezahlt werden mußten und sie das Geld immer im nachhinein bekommen. Ich glaube, das ist dann die Aufklärung. Das hat mit dem Geschäftsbereichsleiter nichts zu tun, daß er zu langsam arbeitet, sondern das ist der Ablauf dieser „Aktion Tagesmütter“, daß sie nach Anzahl der Kinder von der Stadt Steyr dann den Betrag bekommen. Einen Satz möchte ich dazu noch sagen, weil es immer um die Tagesmütter geht. Die Tagesmütter verdienen pro Stunde, wenn sie 40 Stunden ein Kind haben, S 48,- für ein Kind, und die Stadt Steyr leistet einen Beitrag pro Stunde und pro Kind von S 11,-. Ich glaube, da wissen wir, wie wichtig die Einführung ist und S 11,-, das ist ein Betrag, der keine Debatte fordert.

Ich ersuche nun um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte vielleicht noch zwei Dinge festhalten. Die Zwischenrufe und auch die Ausführungen waren schon bemerkenswert. 1.) Warum kommt es zur Notwendigkeit, Tagesmütter zu haben? Es liegt zum Teil in der Familie selbst, die alleinerziehenden Mütter und die Beschäftigungssituation der Leute. Das Ganze wird durch flexible Arbeitszeiten-Modelle verschärft, die die Wirtschaft - wenn ich das richtig im Kopf habe - sehr lange und sehr vehement verlangt hat, auch unter dem Eindruck, daß das im Ausland z. T. geschieht und hier Konkurrenzsituationsprobleme aufgetreten sind. Das ist die eine Feststellung, die man machen muß, daß der Segen da richtig hängt.

Und 2. zur verfehlten Familienpolitik, die da so locker vom Hocker ausgestreut wird, da drüben von eurer „Blauen“ Seite, möchte ich sagen, vielleicht denkt ihr einmal ein bißchen darüber nach, wieviel Länder auf der Welt für die Kindererziehung 2 Karenzurlaubsjahre haben?! Das schaut euch zuerst einmal ein bißchen an, bevor ihr in Österreich über verfehlte Familienpolitik redet. Das sollte man nämlich tun, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Und jetzt bitte zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Ein Sturm im Wasserglas, wie ich sehe - wie meistens.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr an das Rot-Kreuz-Einsatzzentrum Linz. Wie sie dem Antrag entnehmen können, haben sich bereits 70% der Gemeinden an der Finanzierung beteiligt. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) Fin-136/94 Rotkreuz-Einsatzzentrum Linz; Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 18.2.1997 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband OÖ, für die Errichtung des Rotkreuz-Einsatzzentrums in Linz eine zweckgebundene Subvention in Höhe von S 725.374,28, zahlbar in 3 Jahresraten, beginnend 1997, gewährt.

Die erforderlichen Mittel für die erste Rate in Höhe von S 242.000,-- sind bei der VA Stelle 5/5300/777000.9 für 1997 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 200.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich ersuche auch um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Ich bedanke mich. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Antrag geht es um die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personen für das Jahr 1997. Wir wissen alle, daß die Brennstoffaktion seit 1945 besteht, und daß wir ca. 40 FürsorgerätInnen haben, die das kostenlos für unsere Stadt machen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) SH-78/97 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1997 wird der Betrag von

S 720.000,--

(Schilling siebenhundertzwanzigtausend)

aus den bei der Vst 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 10.2.1997 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke der Frau Kollegin Mach. Der nächste Berichterstatter wäre Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, er ist entschuldigt, an seiner Stelle wird Herr Kollege StR. Eichhübl die Anträge stellen.

STR. ROMAN EICHHÜBL ANSTELLE VON BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Wie bereits von Herrn Bürgermeister angekündigt, darf ich ihnen anstelle von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil insgesamt 4 Anträge aus dessen Bereich zur Beschlußfassung vorlegen. Ich darf gleich mit dem Jugendkulturhaus beginnen. Für die Planung ist eine Förderung in der Höhe von S 500.000,-- vorgesehen. Ich darf noch vielleicht eines vorweg erwähnen, daß erst auf Intervention und Antrag von Dr. Pfeil dieser Antrag, dieses Subventionsbegehren, im Kulturausschuß behandelt wurde und eine exakte Folgekostenberechnung nach wie vor fehlt. Ich darf aber zum Antragstext kommen, der folgendermaßen lautet: Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat

9) Fin-136/95 Jugendkulturhaus; Planung, Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 28.1.1997 wird dem Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, eine Förderung für die Planung des Jugendkulturhauses von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

in Form einer einmaligen, a.o. Subvention aus der VA 5/2590/777000.8 gewährt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 5/2590/010000.5 auf die VA 5/2590/777000.8 bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Mag. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertees Präsidium. F garantiert für rhetorische Spielereien - das ist also ein mir persönlich recht lustbringend und belustigendes Abwickeln von rhetorischem Geplänkel. Wenn man nämlich gewisse Sätze oder gewisse Wörter dazutut, wegtut und das Ganze ein bißchen umformt, dann ist die Wahrheit plötzlich eine andere. Wenn ich mir das Ganze anschau und beobachte, was der Herr Kollege gerade vorher gesagt hat, daß das erst auf Antrag von Dr. Pfeil in den Kulturausschuß gekommen ist, dann muß ich das ein bißchen ins rechte Licht rücken, weil nämlich die ganze Situation bereits weit vorher besprochen worden ist und diese Thematik des Förderns des Jugendkulturhauses bereits im Stadtsenat war. Und im Stadtsenat wurde hier plötzlich dieses „ach, ich fühl' mich so Übergangen-Geplänkel“ geprägt, woraufhin sich der Kulturausschuß noch einmal mit dieser Information beschäftigt hat, wobei er sich ja schon seit 2 Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Ich darf nur darauf hinweisen - und das wäre vielleicht auch so ein kleiner Zusatz, der nicht ganz uninteressant wäre -, daß diese Förderung wahrscheinlich gar nicht einmal zustande gekommen wäre, wenn es nur nach der F ginge. Die hat nämlich dem Budget überhaupt nicht zugestimmt. Und das ist natürlich meines Erachtens auch nicht ganz uninteressant für die Jugendlichen. Das sollte man auch ein bißchen dazuerzählen. Ich würde also sagen, wir haben uns alle mit diesem Thema beschäftigt, um das sachlich zurückzuführen. Und wir haben alle im Kulturausschuß sich zu der Meinung entschlossen, dementsprechend mit aller gemeinsamer Kraft dieses Projekt hier voranzutreiben. So wird es also meines Erachtens

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist, glaube ich, überhaupt keine Frage, ob wir für die Förderung dieses Jugendkulturhauses sind

oder nicht. Das ist ja selbstverständlich. Aber was mir schon sehr wichtig scheint, ist die Information über den Fortgang der Arbeiten und des Tuns im Jugendkulturhaus, und da meine ich, daß es sehr wohl sehr wichtig ist, daß der Kulturausschuß und auch der Gemeinderat immer wieder über den Fortgang der Arbeiten informiert werden, weil wir ja letztlich doch, wenn wir sagen „10 Jahre gerungen haben“, daß wir so ein Haus zustande bringen. Es ist ja, wir im Kulturausschuß haben mehr Unterlagen bekommen, und da hätte ich eine Frage zu den Einnahmeschätzungen, die mir einfach ein bißchen unklar sind. Da steht: Miete Taubenmühle, Miete Museum Arbeitswelt, das ist mir schon klar, woher das kommt, aber ich meine, daß das nicht als Einnahmenschätzung des Jugendkulturhauses gezählt werden darf, sondern daß man das dezidiert als Subvention der Stadtgemeinde Steyr sehen müßte. Aber ich habe auch noch eine Frage, da steht Miete Jugendzentrum S 3.000,- 12mal im Jahr. Was das bedeuten soll, welches Jugendzentrum sich da nun im Jugend- und Kulturhaus einwohnen soll, ob da gemeint ist, daß damit der Trägerverein immer wieder Verantwortliche für die Betreuung der Jugendlichen holt, oder ob daran gedacht ist, daß irgendeine Jugendgruppe der Stadt dort eine Wohnung nehmen soll? Das möchte ich ganz gerne wissen, denn sollte das eine Jugendgruppe der Stadt sein, dann meine ich, daß das nicht ganz im Sinne eines Jugendkulturhauses ist, wenn sich dort eine Gruppe einwohnen darf und das nicht für die Gesamtheit zur Verfügung steht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Eisner.

GEMEINDERAT MARTIN-RANDOLF EISNER:

Geschätzte Anwesende. Ich will nur ein paar Worte dazu sagen, nämlich zu dem Terminus, wie er meistens von uns hier - sage ich jetzt - verwendet wird und eigentlich wie er vom Trägerverein transportiert wird. Da steht ganz bewußt Jugend- und Kulturhaus drauf, und zwar ist das keine i-Tüpfel-Reiterei, sondern weil es ein gewisser Unterschied ist. Jugendkultur, damit wird immer wieder verbunden, das ist etwas für Leute bis 20, 25 Jahre. Aber was hier da unten grundsätzlich passieren soll oder passieren wird, wie wir es im Prinzip ohnehin schon wissen, ist, daß es dort auch einen Veranstaltungssaal geben wird. Es soll dort Jugendkultur geben, Räume für Jugend (Proberäume etc.) und Kulturräume. Das heißt, es wird dort 2 Säle geben, einen großen und einen kleineren, z.B. für Lesungen, der nicht durchaus für Jugendkultur sein muß, sondern einfach im Rahmen der Auslastung. Weil wenn ich einen Saal für 300 bis 400, 500 Leute habe, ist es sicher sinnvoll, da auch andere Leute veranstalten zu lassen. Also es wird bewußt vom Trägerverein so transportiert. Es heißt einfach Jugend- und Kulturhaus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Sehe ich nicht. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich glaube es herrscht Verständnis dafür, wenn ich kein Schlußwort machen werde. Es sind zwar einige Fragen aufgetaucht, vor allen Dingen vom Koll. Dir. Lengauer, die ich persönlich nicht beantworten kann. Der Kulturreferent ist ja bekanntlich nicht anwesend. Vielleicht

könnte der Ausschußvorsitzende des Kulturausschusses hier in dieser Frage Aufklärung geben, nachdem er sich ja - wie er vorhin erklärt hat - recht engagiert gezeigt hat. Vielleicht ist das von seiner Seite möglich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ihm steht natürlich wieder kein Schlußwort als Referent zu, aber vielleicht kann ich ein bißchen aushelfen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darum habe ich ja kein Schlußwort gemacht, um

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aus der Substanz heraus kann ich vielleicht sagen, daß dieser Finanzierungsplan des Trägervereins des Jugendkulturhauses natürlich nicht unbedingt verbindlich für das ist, was wir tun. Was wir getan haben war, das Haus zu kaufen und eine Million Schilling im heurigen Budget dafür freizumachen, wobei wir wissen, daß auch aus den Aktivitäten des vergangenen Jahres und im Budgetansatz noch ein Restposten zur Verfügung steht. Wir haben den Jugendlichen in Aussicht gestellt, daß dieses Geld für die Adaptierung zur Verfügung steht. Es ist ein Projekt der Jugendlichen und kein Projekt der Gemeinde. Unter diesem Aspekt sind auch die Förderungsmittel des Landes und des Bundes erreichbar. Wir wollen auch nicht ständig in diesen Trägerverein hineinregieren. Wir haben aber klargemacht und auch mit den Jugendlichen ausgesprochen, daß die Taubenmühle nicht für Jugend- und Kulturaktivitäten zur Verfügung steht, sondern separat verpachtet werden soll, was ja mittlerweile schon mit Beschluß des Stadtsenates geschehen ist und der im Süden des Objektes gelegene Teil an das Museum Arbeitswelt vermietet wird, die dort ihren Fundus errichten und dafür Miete zahlen. Die Einnahmen, die wir aus diesen beiden Vermietungen erzielen, sollen hier für die Subventionierung des Betriebes des Jugend- und Kulturhauses vorgesehen sein. So ist das den Jugendlichen mitgeteilt und auch von denen akzeptiert worden. Das heißt also, wir als Stadt bekommen Mieteinnahmen, die wir dann als Subventionen in der Größenordnung von rd. S 250.000,- für den Betrieb dieses Jugend-, Kulturhauses zur Verfügung stellen. Weitere finanzielle Mittel, die sie zum Betrieb brauchen, müssen sie sich erwirtschaften, z.B. durch einen Buffetbetrieb, den sie dort errichten wollen, aber auch durch Förderungen des Landes und des Bundes, die sie anstreben werden. So ist die Vorgangsweise. Vielleicht ist das eine Information, sodaß der Gemeinderat weiß, wie die Dinge aktuell stehen und ich glaube, daß das natürlich für alle interessant und wichtig ist, daß dort auch etwas weitergeht, und es scheint auch gewährleistet zu sein.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Ausreichend? Nunmehr zur Abstimmung über diese Förderung. Ich darf bitten, wer dafür ist, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag betrifft das Museum Industrielle Arbeitswelt, nämlich die Jahressubvention 1997 in der Höhe von S 950.000,--. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) Fin-14/97 Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 23.1.1997 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt für 1997 eine Subvention in Höhe von

S 950.000,--

(Schilling neunhundertfünfzigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 1997 auf der VA 1/3600/757000.7 - Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt - vorgesehen.

Bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Frau Kollegin Feller-Höllner, bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. In wenigen Wochen begeht das Museum Industrielle Arbeitswelt sein 10jähriges Bestandsjubiläum, und ich glaube, es ist für alle hier in Steyr ein Anlaß zur Freude. Das Haus ist längst mehr als nur ein Museum. Es ist zu einer fixen und aus unserer Heimatstadt nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden. Das Museum Arbeitswelt versteht sich, wie keine andere Einrichtung in Steyr, die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft zu schlagen und dabei doch immer auch auf die Bedürfnisse, auf die Notwendigkeiten der Gegenwart einzugehen. Ich denke da ganz speziell an Dinge, wie daß es hier im Jahre 1995 Schulen ermöglicht wurde, den Zugang zum Internet zu finden. Ich denke daran, daß hier jährlich Projekte, pädagogische Projekte, laufen, bei denen mehr als hundert SchülerInnen der Region

einbezogen werden oder auch etwa daran, daß hier im Haus Museum Industrielle Arbeitswelt ein Archiv errichtet wurde, das mittlerweile mehr als 12.000 Dokumente umfaßt. Und ich habe mir im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt als Neuling im Kulturausschuß und als Neuling in diesem Gremium einmal die Situation der Förderungen und Subventionen näher angesehen. Und ich muß gestehen, ich war überrascht. Ich war insofern überrascht, als die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt dem Museum insgesamt zugute gekommen ist, für laufenden Aufwand oder auch für Sonderausstellungen und die in Summe weniger als 10 % des gesamten Fördervolumens beträgt. Man sollte auch noch den Aspekt in Betracht ziehen, daß es sich dabei um einen durchaus wichtigen wirtschaftlichen Faktor für unsere Region und unsere Stadt handelt. Ich denke hier speziell auch an die Umwegrentabilität, denn Museumsbesucher sind in der Regel - und sehr häufig auch - Stadtbesucher. Und wenn ich eingangs gesagt habe, daß das Museum Arbeitswelt mehr als nur ein Museum ist, dann möchte ich schon noch darauf hinweisen, daß es vor allem seit 1991 zu einem bedeutenden, vielleicht sogar zum bedeutendsten Kulturstandort der Stadt geworden ist. Es passieren hier Dinge, wie Ausstellungskultur, Veranstaltungen, Bälle, Theateraufführungen bis hin zu international hochkarätigen Symposien. Ich darf noch eine Zahl bekanntgeben. Im Jahr 1996 haben im Museum Industrielle Arbeitswelt 160 Einzelveranstaltungen an 271 Tagen stattgefunden. Zahlen, die - wie ich denke - für sich sprechen. Und um sie nicht noch mehr mit Zahlen langweilen zu wollen oder zu müssen, zwei sind mir noch gestattet. 40.000 Besucher jährlich, das heißt, man nähert sich bei der Besucherzahl mittlerweile einer halben Million. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Kein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort, daher kommen wir zur Abstimmung über die Subvention für das Museum Arbeitswelt. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Jemand dagegen? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen. Nr. 11) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Für die Ölgemälde-Restaurierung im Pfarramt Steyr Gleink soll ein Zuschuß gewährt werden, und zwar ein Zuschuß in Höhe von S 250.000,--. Herr Dr. Pfeil hat ja bereits im Stadtsenat darauf hingewiesen, daß diese ganze Geschichte sich etwas in die Länge gezogen hat. Koll. Philipps schaut schon wieder - das stimmt sicher, aber er wird sich dann wiederum zu Wort melden. Hoffentlich ist er nicht zu scharf, sonst kann ich mein Angebot, daß er bei uns kandidieren darf, nicht mehr erneuern. Auf alle Fälle ist dieser abenteuerliche Irrweg, glaube ich, kann man schon dazu sagen, seit 1991 aktuell und hat dieser Antrag in dieser Zeit den Kulturausschuß nicht gefunden. Jetzt ist es dann ein Dringlichkeitsantrag geworden. Ich glaube, so etwas Ähnliches haben wir heute schon einmal gehabt. Es ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie es eigentlich in einer Verwaltung nicht ablaufen soll. Das

sei mir auch hier in dieser öffentl. Gemeinderatssitzung erlaubt zu bemerken. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

11) Fin-57/95 Pfarramt Steyr-Gleink; Ölgemälderestaurierung; Zuschuß

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 30.1.1997 wird dem Pfarramt Steyr-Gleink, vertreten durch den dortigen Pfarrer P. Andreas Mair MSC, für die Restaurierung der dortigen Ölgemäldesammlung eine Förderung von

S 250.000,--

(Schilling zweihundertfünfzigtausend)

in Form einer einmaligen, a.o. Subvention gewährt.

Zum genannten Zweck wird obiger Betrag bei der VA 5/3900/777000.8 freigegeben.

Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Koll. Straßer, in Vorbereitung Mag. Philipps; Kulturdebatte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gut Ding braucht Weil', heißt es. Wir haben das Geld zwar erst jetzt bekommen, aber wir können es trotzdem noch sehr gut brauchen. Und ich möchte im Namen unserer Pfarre und auch des Herrn Pfarrers dem Gemeinderat für diese, ich hoffe einstimmige, Unterstützung den Dank aussprechen. Ich möchte vielleicht noch eines dazu sagen. Wir haben dieses Wochenende den Gleinker Ostermarkt. Ich hoffe, daß da alle kommen. Wir können uns dann alle Bilder anschauen, daß man sieht, was mit dem Geld geschieht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn sie diesen Antrag hier sehen, so werden sie sicherlich

auch eine Unterschrift darauf finden. Und diese Unterschrift lautet „Pfeil“, weil es ist nämlich daruntergeschrieben, daß man weiß, daß das Pfeil heißt. Daher wird der Herr Kollege mit Sicherheit diesen Antrag schon längere Zeit kennen. Ich nehme nicht an, daß er ihn direkt weiterleitet. Wenn jetzt diese Kritik - und von wegen Kulturausschuß -, dann muß ich deutlich dazu sagen, es war bis jetzt immer Usus, daß wir die Tagesordnung gemeinsam mit Dr. Lutz gemacht haben, und wenn Herr Koll. Pfeil etwas Besonderes auf die Tagesordnung haben wollte, hat er mir das schriftlich oder mündlich, je nach dem, mitgeteilt. Und wir haben das bis jetzt immer mit hinaufgenommen. Diesen Antrag hier verstehe ich als Dringlichkeitsantrag nicht, weil ich das insofern nicht verstehe, warum wir das nicht rechtzeitig miteinander besprochen haben. Daher glaube ich, daß er den Antrag schon länger kennt und diesen durchaus im Kulturausschuß hätte besprechen können. Die Kritik von seiten des Koll. Eichhübl verstehe ich überhaupt nicht mehr. Aber bitte, manchmal sind die Wege der F etwas unerklärlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Die Schwierigkeit war nämlich die, daß der Herr Pfarrer Mair natürlich geglaubt hat, er kann bei den Millionensubventionen anschließen, die wir für die Restaurierung des Stiftes aufgewendet haben, daher ist das Ansuchen zunächst an unsere Abteilung für Denkmalschutz gegangen. Dort hat man aber für die Renovierung dieser Ölgemälde, die natürlich sehr alt und wertvoll sind, keine Mittel freimachen können. Und das ist also dann fast etwas in Vergessenheit geraten und dann von Herrn Pater Mair neuerlich angesprochen worden. Man hat dann das Ganze der Kulturabteilung zugewiesen und dort haben wir dann auch im Budget eine diesbezügliche Ansatzpost hineingeschrieben, und daher wird das jetzt - und wir haben erst März - im heurigen Jahr zur Auszahlung kommen, sofern der hohe Gemeinderat das beschließt. So einfach sind die Dinge.

GR. Mag. Philipps geht zu seinem Sitzplatz, daraufhin

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Koll. Philipps, aufpassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort?

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS

Ich passe immer auf.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke, das hat bereits der Herr Bürgermeister gemacht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer für diesen Antrag ist, meine Damen und Herren, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf bereits zum nächsten Antrag kommen, den ich vorlegen möchte. Es geht um den Verein Industrieforum Steyr, nämlich um die Jahressubvention für 1997 in der Höhe von S 500.000,--. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

12) Fin-39/97 Verein Industrieforum Steyr; Jahressubvention 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 3.2.1997 soll dem Verein Industrieforum Steyr eine Förderung für das Jahr 1997 in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

gewährt werden.

Zu diesem Zweck wird der genannte Betrag bei der VA 1/3600/757000.7 - Heimathaus Subventionen - freigegeben.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Bremm.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um eine Subvention für den SK Vorwärts Steyr. Im Zuge der Sicherheitsbegehung im Vorwärtsstadion am 20.10.95, an der Vertreter des Magistrates, der BPDion, der Rot-Kreuz-Stelle, des Bundesministeriums für Inneres, der Österr. Bundesliga sowie des SK Vorwärts Steyr teilnahmen, wurde der Verein aufgefordert, für die Sicherheitsmaßnahmen Sorge zu tragen, indem einerseits unbefestigte Teile im Bereich des Sportplatzes befestigt und andererseits Absicherungen im Stadion durch Zäune neu bebaut und

vervollständigt werden müssen. Da dies eine unabdingbare Auflage seitens der Bundesliga darstellte, bestand für den SK Vorwärts Steyr der dringende Handlungsbedarf, diese Vorkehrungen umgehend zu realisieren. Diese notwendigen Adaptierungsarbeiten, bzw. die Herstellung einer neuen Umzäunung, wurden im Juni und Juli 1996 durchgeführt. Die Vorwärts hat natürlich auch bei der Stadt um Subvention sowie beim Land, bei der Bundesliga, beim ASVÖ und auch Eigenleistungen beantragt und angesucht. Nachdem im Jahr 1996 im Budget keine Mittel vorhanden waren, war es nicht möglich, schon im Jahr 96 eine Subvention zu geben. Wir haben für das Jahr 97 im Budget S 200.000,-- vorgesehen. Ich würde hier ersuchen, die Vorwärts mit diesen S 200.000,-- zu unterstützen. Diese S 200.000,-- werden aber - wie auch andere Subventionen - aufgrund der uns bekannten Situation an die RAIKA Sierning, wenn sie jetzt beschlossen werden, überwiesen, um dort die notwendige Kreditrückzahlung auch gegenüber der Stadt zu gewährleisten.

13) Fin-19/96 SK Vorwärts Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 21. Jänner 1997 wird dem SK Vorwärts Steyr für die Sanierungsmaßnahmen eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von S 200.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 200.000,--

(i.W. Schilling zweihunderttausend)

werden bei der VASt. 1/2690/777000.5 freigegeben.

Ich ersuche hier um Zustimmung.

Frau Vizebgm. Friederike Mach übernimmt den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich freue mich, daß die Vorwärts nun wieder gegen den Tabellenführer gewonnen und die Tabellenführung zurückgewonnen hat. Trotzdem habe ich etwas kritisch im Stadtsenat angemerkt, daß die Anführung der Gesamtkosten für die Sanierungsarbeiten zum Zeitpunkt der Anbotlegung mit S 1,830.504,-- genannt wurden. Ich hätte nur eine Frage zur Klärung. Gibt es eine oder mehrere Rechnungen über diesen Betrag und wurden diese vom Amt für Schule und Sport bzw. von den anderen Subventionsgebern auch überprüft und abgezeichnet? Ansonsten, wenn das in Ordnung ist, werden wir dieser Subvention die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Meine Damen und Herren, wenn man den Amtsbericht liest, insbesondere im 2. Absatz dieser Erzählungen, so kommt einem irgendwie auf, welchen sozialen Wert der Fußballsport offenbar hat, als nämlich hier Sicherheitsmaßnahmen von erheblichem Kostenaufwand vorgeschrieben wurden. Wenn eben der Sport so gefährlich ist, dann gehören auch die Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Das ist einmal ganz klar. Ich wende mich auch nicht dagegen, daß eine derartige Subvention an die Vorwärts geleistet wird, natürlich nicht aufgrund von Kostenvoranschlägen, sondern nach erwiesener Zahlung, das ist selbstverständlich. Und ich habe gerne zur Kenntnis genommen - und das findet sich aber auch nicht im Amtsbericht -, daß diese Zahlung, wenn diese dann fällig wird, auf das Konto bei der Raiffeisenbank Region Sierning und Umgebung geleistet wird, wo die Stadt Steyr bekanntlich die Ausfallhaftung hat. Wenn wir auch jetzt eben aus Gründen dieser Haftung hoffen müssen und sollen, daß die Vorwärts wieder einmal in die 1. Liga aufsteigt, so hat man doch das Gefühl, daß sie sich derzeit in der Liga befindet, wo sie wirklich hingehört.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte hier jetzt nicht den Tabellenplatz kommentieren und auch nicht darüber reden, ob die Vorwärts in die 1. oder 2. Division kommt. Tatsache ist, daß es hier einen Antrag gibt - und Anträge von der Vorwärts kennen wir schon seit Jahren -, und es geht ja im Grunde immer um einige sehr brisante Sachen. In dem Fall ist es aber so, daß es hier nicht um die Finanzierung des laufenden Spielbetriebes geht, sondern um Sicherheitsmaßnahmen im Stadion, das ja bekanntlich teilweise der Stadt gehört, zumindest durch die Stadt besichert ist. Und wir werden - da es sich um keine laufenden Subventionen handelt - diesem Antrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist ja sehr erfreulich, wenn der SK Vorwärts wieder ein kräftiges Lebenszeichen von sich gibt. Es ist aber auch interessant, auf welch' offene Ohren der SK Vorwärts immer beim zuständigen Referenten stößt, wenn es darum

geht, Geldmittel flüssig zu machen. Ich muß nämlich feststellen, wenn das andere Vereine tun, die ja mit ganz anderen Subventionshöhen ausgestattet sind - ich kenne z.B. den sehr guten Verein, ich habe das hier schon ein paarmal gesagt -, den Ruderverein, der einmal im Jahr S 8.000,-- bekommt und auch angesucht hat, nicht um eine ao. Subvention, das haben sie sich gar nicht getraut, sondern um eine Erhöhung der jährlichen Subvention von S 8.000,-- , und das ist abgelehnt worden. Und ich frage mich schon, mit welchem Maß hier gemessen wird, wenn man die Geldtöpfe in der Stadt verteilt. Herr Bremm geht zwar auch gerne zu den Veranstaltungen und läßt sich dort groß begrüßen. Vor kurzem war eine große Veranstaltung, bundesweit, mit 200 Personen, oder ich erinnere an das Schul..... usw.

Ich glaube, es wäre schon im Interesse der Fairneß, daß man zumindest auch da einmal schaut, daß auch andere Vereine, die sehr wohl Aktivitäten setzen und sehr viel in dieser Stadt machen, ein bißchen finanziell unterstützt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?

GR Hans Payrleithner verläßt kurz den GR-Saal.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich ersuche den Referenten um Aufklärung. Die letzte Frage können wir vergessen, weil er ja gerade rausgegangen ist.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, er hat selbst nicht geglaubt, was er gesagt hat, darum ist er gegangen, weil es natürlich so nicht stimmt. Ich möchte schon dazu sagen und stehe auch dazu, daß mir jeder Verein gleich viel wert ist, auch die SK Vorwärts Steyr, und es ist doch ein renommierter Verein. Ich habe mich ja nicht bei den Jahreshauptversammlungen angestellt, um mich in den Vorstand wählen zu lassen. Ich bin dort auch kein Funktionär, aber wenn es darum geht, den Verein zu unterstützen, dann selbstverständlich. Die SK Vorwärts Steyr, die auch jahrelang ein Aushängeschild für zigtausend Besucher ist, hat hier Freude am Sport gehabt und so etwas muß man auch von der öffentl. Hand fördern. Und ich stehe auch dazu. Es werden aber auch alle anderen Vereine - und so, wie das mit dem Ruderverein angeschnitten worden ist, das stimmt ja auch nicht, es ist hier nur die halbe Wahrheit gesagt worden. Weil auch der Ruderverein über die laufende Subvention hinaus für Aktivitäten in der Schülerbetreuung zusätzlich Geld bekommt. Aber so stellt man das immer dar, daß man die halbe Wahrheit sagt. Zu den Fragen von Herrn StR. Kollegen Schloßgangl, die hier gestellt wurden, möchte ich hier erwähnen, daß seinerzeit bei der Anbotlegung - wie hier angeführt - S 1,8 Mio. für die Investitionen prognostiziert wurden. Bei der tatsächlichen Realisierung ist ein Betrag über S 2 Mio. notwendig gewesen. Im Finanzierungsgespräch, das ja bei solchen Subventionen mit den zuständigen Subventionsgebern, wie Landessportorganisation, Fußballverband, Bundesliga, vom Land OÖ., wurde dort festgestellt, daß die tatsächliche

Finanzierung S 2,1 Mio. ausmachen wird. Ich möchte und das ist auch in einer anderen Frage angeklungen, ich darf nur zum Ablauf bei Auszahlung von Subventionen hier klarstellen, daß egal, welche Stelle das ist, ob das die Landessportorganisation, das Land OÖ, ob das der Fußballbund ist, ob das die Bundesliga ist, ob das die Dachverbände sind, es werden Subventionen, und natürlich auch bei der Stadt Steyr, in der Höhe, die die Organisation oder die öffentl. Hand hier ausbezahlt, nur für nicht entwertete Rechnungen gewährt. Also es werden nicht aufgrund eines Finanzierungsplanes oder eines Angebotes von Fachfirmen Förderungen gewährt, sondern die Auszahlung von Subventionen findet nur dann statt, wenn der Verein die Förderung beantragt und diese hier mit nicht entwerteten Rechnungen belegen kann. Und das ist auch im Fall der Vorwärts geprüft worden, und zwar von allen mir angeführten öffentlichen Einrichtungen. Es liegen auch die Rechnungen, die von uns für die 200.000,- zu prüfen gewesen sind, in der FA für Schule und Sport auf.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Gibt es Rechnungen über die Gesamtsumme?

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Warum bekommen wir dann Kostenvoranschlagszahlen, wenn es Rechnungen gibt?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Bitte?

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Warum bekommen wir dann Voranschlagszahlen, wenn es schon Abrechnungen gibt?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der Kostenvoranschlag dient für die öffentl. Einrichtungen zu dem Zweck, um einen Finanzierungsplan zu erstellen. Es muß ja vorher, das Land verlangt und auch die Gemeinden, der ÖFB, die Dachverbände verlangen ja von Fachfirmen einen Kostenvoranschlag, um dann einen Finanzierungsplan zu erstellen. Und anhand dieser Angebote ist das erst möglich. Zur Abrechnung und zur Auszahlung dieser Subvention werden Rechnungen in dem Ausmaß verlangt, in dem die Förderung gewährleistet ist. Es ist nicht bekannt, daß hier - oder wir wissen nicht über die gesamte, oder wir haben keine Rechnungen über die Gesamtinvestitionen aufliegen, das ist auch

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Es muß doch eine genaue Auflistung der Einnahmen und Ausgaben geben, das müßte da auch?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wie?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, die Arbeiten wurden ja bereits durchgeführt.

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es sind ja Rechnungen vorhanden.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es wird von der subventionsgebenden Stelle überprüft, ob die Investitionen auch tatsächlich getätigt wurden. Es wurde vom Leiter der FA für Schule und Sport eine Begehung im Vorwärts Stadion durchgeführt. Es ist dort überprüft worden, ob die Investitionen auch getätigt wurden. Der Verein SK Vorwärts Steyr hat hier nicht entwertete Rechnungen vorgelegt, in dem Ausmaß, was hier die Stadt an Förderung dem SK Vorwärts Steyr billigt bzw. was wir hier beschließen. Die Förderung ist auch noch nicht ausbezahlt worden, sondern wird erst im nachhinein nach Beschlußfassung ausbezahlt. Eine ganz übliche Vorgangsweise von allen subventionsgebenden Stellen, ob das die Landessportorganisation ist, ob das die Dachverbände sind, ob das der Fußballbund ist, ob das die Bundesliga ist.

Wir haben hier die Vorgangsweise gewählt, die von diesen Organisationen auch vorgegeben ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, das ist jetzt geklärt worden. Es ist ganz klar, daß vorher Anbote eingeholt werden. Mit den Angeboten wird überall einmal angesucht. Anschließend wird die Arbeit getätigt, dann werden Rechnungen gestellt und diese Rechnungen

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Schloßgangl

STADTRAT GERHARD BREMM:

Die Rechnungen sind ja da!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die werden in der Fachabteilung liegen, das hat der Referent jetzt gesagt. Die Rechnungen sind vorhanden, sie sind nicht saldiert, das heißt, daß sie offen sind und die warten auf das Geld. Das ist der normale Ablauf, und die Begehung wurde auch durchgeführt. Also für mich ist das jetzt schon klar.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In welcher Höhe, weiß man das?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Also ich bin schon sehr überrascht, Herr Kollege, daß hier die Seriosität von den Anbotsfirmen, die ja hier - es haben die Firmen ein Anbot gelegt. Und anhand dieser Angebote ist ein Finanzierungsplan im Beisein all jener, die einer Subvention hier zugestimmt haben, gemacht worden. Hinterher sind dann die Rechnungen gestellt worden. Es sind die Investitionen überprüft worden. Wir haben das sehr gewissenhaft gemacht, anhand eines Fotos. Es ist hier genau überprüft worden, ob die Investitionen auch getätigt worden sind. Und man muß einmal davon ausgehen, daß die Angebote der Firmen stimmen. Wir zahlen als Gemeinde im Ausmaß einer ungedeckten Rechnung von S 200.000,-- eine Subvention.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Und wie kommen die anderen S 1,8 Mio. insgesamt zustande?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das sind Teilrechnungen, das ist so üblich, wie das bei einem Projekt so ist. Das wissen sie als Gewerbetreibender ja viel besser als ich, daß es bei einer größeren Investition üblich ist, daß hier Teilrechnungen gestellt werden und bei Beantragung der Subventionsgabe diese Teilrechnungen bei den zuständigen Stellen eingereicht werden. Diese Rechnungen werden dann von der subventionsgebenden Stelle entwertet. Und man kann sie nicht zweimal einreichen. Also wenn man zum Land mit einer Rechnung kommt, werden nur Originalrechnungen genommen, wenn es eine ganze Rechnung ist, das ist auch möglich, dann wird vom Land oder von der Gemeinde der Betrag, für den eine Subvention gewährt wird, dann entwertet und der Restbetrag ist offen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist jetzt so zu verstehen, daß nach Fertigstellung, nach Teilfertigstellung, von den Firmen

teilweise Rechnungen erstellt werden, diese werden dann entwertet. Der nächste Betrag ist wieder eine Teilrechnung, und am Schluß bleibt die Schlußrechnung über und da werden die Teilrechnungen abgezogen, daraus ergibt sich eine Endsumme, das ist dann der restoffene Betrag.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Darf ich noch kurz anmerken, die fördernden Stellen haben alle - so wie im Bericht angeführt - Teilrechnungen

und die Stadt hat die letzte Teilrechnung

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich kann nicht genau sagen, wieviel Teilrechnungen hier ausgestellt wurden. Die Stadt - ich kann es jetzt nicht einmal ganz genau sagen - gibt nur in dem Ausmaß eine Subvention, das legen wir fest, was wir an Subvention zahlen. Der Verein muß hier in dem Ausmaß eine ungedeckte, nicht entwertete Rechnung legen. Es kann sein, daß vielleicht bei der Bundesliga und beim ÖFB eine Rechnung in einem größeren Umfang war. Die Bundesliga entwertet die Rechnung in dem Ausmaß, was sie an Subvention gewährt. Und mit dem Rest kann ich dann bei einer anderen Stelle meine Subvention beantragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, das ist jetzt schon geklärt, weil es ist ja dann nur eine Stampiglie um die S 300.000,--, oder wenn die Rechnung S 1,8 Mio. ausgemacht hat, dann sind ja S 1,5 Mio. offen. Ich glaube, daß der Ablauf jetzt klar ist.

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt ist, glaube ich, allen klar, um was es geht. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für die Subvention ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen (1 SP, 2 ÖVP). Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Koll. Bremm um den nächsten Antrag.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Antrag wird es vielleicht einfacher sein. Da geht es um die Mülldeponie der Stadt Steyr. Es wird hier beantragt, einen Betrag von S 1,093.000,-- für Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der Fahrstraße für die 2. Schüttetage zu gewähren.

14) Str-35/94 Wa-63/94 Mülldeponie der Stadt Steyr; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung der 2.Schüttetage; Errichtung der Oberflächenentwässerung im 1. BA samt Böschungsabdichtung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 23.1.1997 sowie zufolge des Stadtsenatsbeschlusses vom 18.01.1996 und des Gemeinderatsbeschlusses vom 25.01.1996 wird der Mittelfreigabe für die Ausfinanzierung des an die Fa. Teerag-Asdag, Linz, zum Preise von S 3,105.873,-- exkl. USt. vergebenen Auftrages zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,093.000,-- exkl. USt.

bei der VSt. 5/8521/006000.0 freigegeben.

Die Antragstellung erfolgte im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtrat, Herrn Bremm.

Ich ersuche hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht das Wort zum Antrag Nr. 14)? Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Sind 10 Minuten Pause genehm? So sei es - die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 15.45 BIS 16.10 UHR

-

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich möchte als nächsten Berichterstatter Roman Eichhübl bitten, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der erste Antrag, den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, betrifft die Verlustsätze für die

Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, wird der vorläufige Gesamtverlust dieser beiden Teilbetriebe etwa S 7,7 Mio. betragen, davon das Stadtbad mit S 6,3 Mio. und die Kunsteisbahn in Höhe von etwa S 1,4 Mio. Es wird daher gebeten, eine Teilverlustabdeckung in Höhe von S 4 Mio. zu genehmigen und vorzusehen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet daher:

15) Stw-3/97 Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 28.1.1997 wird dem teilweisen Ersatz der im Rechnungsjahr 1996 in den Teilbetrieben Stadtbad und Kunsteisbahn erwirtschafteten Verlusten (Gesamtverlust ca. S 7,7 Mio.) zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in der Höhe von

S 4 Mio.

(in Worten: Schilling vier Millionen)

bei der VASSt. 1/8790/759200.5 (Rechnungsjahr 1997) freigegeben.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gerne. Wer wünscht das Wort? Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte den Anlaß für die Verlustabdeckung Kunsteisbahn Stadtbad nützen, um doch hinzuweisen, daß gerade im Stadtbad in den letzten Jahren für eine verbesserte Qualität und für mehr Attraktivität eigentlich nichts geschehen ist. Wir stellen bei den Besucherzahlen in den letzten Jahren immer mehr fest, daß wir eine Abwanderung in ländliche Bereiche, z.B. nach Garsten, haben. Und wir haben auch im Kommunalausschuß schon des öfteren darüber diskutiert, um eine Verbesserung des Stadtbades, eine Attraktivität, zu erreichen. Wir haben im Budget für das heurige Jahr S 1 Mio. für die Errichtung einer Wasserrutsche vorgesehen. Es ist dies leider Gottes ohne dem Zutun vom zuständigen Referenten geschehen. Und ich stelle jetzt fest, er hat anscheinend auch ein Problem damit, daß wir die 1 Million Schilling für eine vernünftige Wasserrutsche, die zur Attraktivität des Stadtbades beiträgt und vielleicht durch eine höhere Besucherzahl eine Verlustminderung erreicht werden könnte, eine Wasserrutsche noch in der kommenden Saison zu errichten. Wir diskutieren jetzt schon wochenlang darüber, und ich stelle bis zum heutigen Tage fest, daß wir noch weit entfernt sind, eine entsprechende Firma zu finden, das hier auch eine Darstellung ist, um 1 Million Schilling eine Wasserrutsche zu erreichen. Ich würde dich, lieber Koll. Eichhübl, wirklich auffordern, raschest in deinem Verantwortungsbereich mit deinen zuständigen Bremser-Beamten, die dort sehr bekannt sind, es reißt einem wirklich hier und da die Hutschnur ab, wenn man hier die Eile, die dort an den Tag gelegt wird, feststellt. Ich befürchte, wenn wir so weitermachen, dann werden wir am Ende des heurigen Jahres die 1 Million Schilling in das neue Geschäftsjahr 98 vorschreiben, weil dann haben wir noch immer keine Wasserrutsche. Also ich fordere dich wirklich auf, lieber Koll. Eichhübl, hier

deine Beamten einmal anzuweisen, daß wir eine Rutsche im Freibad darstellen und daß wir die auch noch im heurigen Sommer für die Kinder zugänglich machen. Es gibt hier Firmen, die um S 1 Mio. eine Rutsche dargestellt haben, die sicherlich sinnvoll und attraktiv ist. Es geht hier nur darum, das auch zu realisieren.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wer hat denn die 2 Beamten eingestellt? Er hat sie nicht eingestellt, das muß man auch sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Fürweger ist als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat, werte Gäste, sehr geehrter Jugendgemeinderat. Der Herr Koll. StR. Bremm veranlaßt mich zu einer Wortmeldung. Ich habe voriges Jahr im Kommunalausschuß einen Antrag zur Modernisierung und Attraktivierung des städt. Freibades mit 3 Punkten eingebracht, und zwar die Wasserrutsche, die Errichtung von Beach-Ball-Plätzen und auch die Überlegung, was mit den Kabinen- und Kästchengebäuden geschehen soll, die man nicht mehr in dem Ausmaß benötigt. Der Antrag steht schon, glaube ich, seit 1 1/2 Jahren im Kommunalausschuß zur Diskussion. Es ist nur die Frage, ob wir das alle mittragen, ob wir das alle budgetieren. Ich glaube, daran liegt es. Daß jetzt manche Nachbargemeinden hier schneller sind als wir, ist verständlich. In Garsten macht das der Bürgermeister mit einem Ziviltechniker alleine. Der ist da sicher schneller als unsere Bürokratie hier im Hause. Ich habe auch im letzten Personalbeirat angeregt, eine Diskussion im nächsten Personalbeirat über die Führung der Stadtwerke-Direktion zu beginnen. Ich lade dazu herzlichst alle Fraktionen ein, diese Diskussion aufzunehmen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das ist ja das Problem, sie fragt ja keiner.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Nicht. Herr Kollege Vanek, Entschuldigung. Sie haben sich schon gemeldet.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch ich bin ein bißchen verwundert, daß wir noch immer darüber reden, welche Art von Rutsche wir in Zukunft haben werden. Wenn wir weiter so reden bzw. wenn weiter so getan wird, dann werden wir auch in diesem Jahrtausend keine Rutsche haben - nicht nur in diesem Jahr, Herr Kollege Bremm, sondern in diesem Jahrtausend - und das dauert nicht mehr lange. Es ist schon allseits bekannt, es wurde im Kommunalausschuß im Februar schon einmal darüber gesprochen, da haben wir vereinbart, daß die Fraktionsobleute - wir haben leider diese Entscheidung auf die informelle Ebene aufgeschoben - darüber entscheiden sollen, welche Art von Rutsche wir uns anschaffen. Eine Breitrutsche, eine sogenannte Speed-Rutsche, eine Rohrrutsche, wo man im Kreis hinunter rutscht. Aber leider ist das hohe Gremium auch noch nicht dazugekommen, darüber zu beraten, weil es anscheinend an bürokratischen Hindernissen nicht fehlt. Und meines Erachtens wirft das wirklich ein zeichnendes Licht auf die Stelle, die hier diese Entscheidung zu verantworten hat. Ich möchte noch in Erinnerung rufen, wir haben voriges Jahr den Rechnungshofbericht vorgelegt bekommen und darin ist auch etwas über das Freibad gestanden. Auch die Rechnungshofbeamten sind sich darüber klar geworden, daß es nicht genügt, nur eine Rutsche zu errichten, sondern begleitende Maßnahmen sind gefordert worden. Und das möchte ich wieder einmal in Erinnerung rufen, daß wir nicht nur eine Rutsche brauchen, sondern kozeptive Ideen anlegen sollten, das heißt, wir müssen irgendwann einmal ein Konzept erstellen, in welcher Form wir dieses Freibad sanieren und attraktiveren wollen. Das möchte in diesem Zusammenhang wieder einmal in Erinnerung rufen und auf den vorliegenden Rechnungsbericht verweisen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Keine mehr. Schlußwort Herr Referent?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Das Schlußwort fällt mir relativ leicht. Ich möchte etwas weiter ausholen, das darf ich gleich vorausschicken, und zwar hat mich der Kollege Bremm geradezu aufgefordert, wenn er meint, daß es höchst an der Zeit gewesen wäre, in den letzten Jahren Attraktivierungsmaßnahmen im Stadtbad zu setzen. Da darf ich ihm vollkommen recht geben. Selbstverständlich! Das war auch nicht nur immer wieder der Wunsch von politischen Vertretern, auch von meiner Fraktion und von mir, sondern vor allen Dingen ein Wunsch von der Bevölkerung. Aber bitte, warum ist es dazu nicht gekommen?! Weil im Budget dieser Stadt niemals Mittel vorgesehen waren, Kollege Bremm. Und wenn du da so großartig herausgehst und jetzt den Referenten dafür verantwortlich machst, dann darf ich dir schon eines in Erinnerung rufen, daß gerade bei der Erstellung des Budgets dieses Jahres gerade im letzten Augenblick so als Alibiaktion 1 Mio. Schilling für die von dir genannte Wasserrutsche zum Einsatz gekommen sind bzw. man bereit war, diese Million Schilling auszugeben. Im letzten Augenblick! Bis heute sind die Forderungen noch nicht erfüllt worden, was wichtige Sanierungsmaßnahmen betrifft, da gehört der Tauchergarten dazu. Da haben wir auch undichte Stellen, wie du ja sicherlich auch wissen wirst. Ich hoffe nur, daß es nicht so sein wird wie beim Hallenbad, daß auch der in absehbarer Zeit zu sperren ist. Und wenn du also die Ausschußsitzung ansprichst, wo ich selbstverständlich bereit war, als Referent dafür Sorge zu tragen, obwohl ich dem Budget, dem Gesamtbudget, die Zustimmung nicht gegeben habe, wegen S 1 Mio. läßt sich der StR. Eichhübl sicherlich nicht kaufen. Da war ich derjenige, der also dafür Sorge getragen hätte, daß bereits bei der letzten Ausschußsitzung ein Beschluß zustande gekommen wäre, obwohl ich nach wie vor die Auffassung vertrete, daß diese eine Million Schilling eine Alibihandlung ist. Bitte, schau doch in ein kleineres Bad. Geh' nach Garsten oder sonst irgendwo.....

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Gerhard Bremm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

.....das ist doch wirklich lächerlich, das darfst doch wirklich niemand sagen, daß man heute 1 Million Schilling in das Stadtbad investieren soll, obwohl man die letzten Jahrzehnte nichts gemacht hat. Das ist ja geradezu lächerlich. Aber trotzdem bin ich bereit, zumindest diese Attraktivierung in Gang zu bringen, aber da warst du derjenige, der das im letzten Ausschuß verhindert hat, durch die Einbringung deines eigenartigen Konzeptes über 1 Million Schilling. Und wie sich ja herausstellt - ich habe dir vorher den Bericht gegeben -, dürfte das nicht so ganz zusammenstimmen, daß die tatsächlich bereit wären, um diese Million Schilling die von dir genannte Wasserrutsche zu errichten.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Du hast das von der Firma in den Händen, du weißt das genau.....

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wie gesagt, nochmals zur Klarstellung, ich bin aber trotzdem bereit, dafür Sorge zu tragen, deine Verhinderungstaktik aufzunehmen, um so rasch als möglich, zumindest zu diesem kleinen Beitrag - zu diesem kleinen Beitrag - zu versuchen, mehr Leute in das Stadtbad zu bekommen. Und wie gesagt, wir hätten ja in der letzten Ausschußsitzung durchaus einen Beschluß fassen können, das war aber nicht möglich. Du weißt das ganz genau, daß du dazu beigetragen hast, und daher ist es jetzt höchst an der Zeit, daß wir rasch Entscheidungen treffen. Koll. Vanek hat ja angeführt, daß wir uns bei der letzten Ausschußsitzung geeinigt haben, daß weitere Angebote einzuholen sind. Allerdings darf ich das vielleicht berichtigen, daß wir nicht die Fraktionsobmänner beauftragt haben, das war die Geschichte Anruf Sammeltaxis, sondern wir haben ausgemacht, daß wir uns dann nochmals so rasch als möglich zusammensetzen, um eine Klärung herbeizuführen, welcher Rutschentyp zum Einsatz kommen soll. Immer unter der Voraussetzung, daß diese Million Schilling, die im Budget vorgesehen ist, nicht überschritten wird. Es gibt jetzt weitere Angebote. Ich habe dir, Gerhard, vorher diesen Amtsbericht zur gefälligen Kenntnisnahme übergeben. Ich habe dich auch gefragt, ob du Anfang nächster Woche Zeit hättest, da bist du aber auf Urlaub, also wird es wahrscheinlich so sein, daß wir uns nach der Sitzung kurz zusammensetzen. Wenn wir nicht in den nächsten Tagen zu einer Einigung kommen, welcher Rutschentyp zum Einsatz kommen soll, dann ist das richtig, was du gesagt hast, daß im heurigen Jahr sicherlich nichts mehr daraus wird. Also darf ich dich höflichst bitten, daß wir uns dann nach der Sitzung darüber unterhalten, nachdem du nächste Woche keine Zeit hast, und daß wir dann eine Einigung finden werden, trotz meiner - wie du vorhin genannt hast - Nichtzustimmung zum Gesamtbudget.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Fertig?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bemerkenswerte Aussagen werden da getroffen. Eines möchte ich bei der Gelegenheit schon noch sagen, damit alle Dinge gesagt werden. Wir wissen schon, daß wir 30 Millionen Schilling jetzt auf den Tisch des Hauses legen müssen, um das Hallenbad zu reparieren. Wir wissen auch, daß wir 160 Millionen Schilling für das Kommunalzentrum zahlen, wo 70 % für die Stadtwerke aufzuwenden sind. Damit das auch gesagt wird. Also es schaut ja fast so aus, als geschieht nichts. Und ich muß ehrlich sagen, dem ist nicht so. Es werden die größten Investitionen der letzten Jahrzehnte für die Stadtwerke getätigt. Da rede ich noch gar nicht von den Autobussen und von anderen Dingen mehr. Das muß man so sehen und die Prioritäten setzen. Das ist natürlich unsere Aufgabe. Und wir haben sie gesetzt. Wir werden doch auch so eine Wasserrutsche zusammenbringen und wenn ich wieder eine Bürgermeisterverfügung machen muß, um sie zu bekommen, weil sonst sehe ich, daß das hinten und vorne nicht weitergeht. Wenn hier andere Gemeinden um eine Million Schilling solche Wasserrutschen hinstellen können, dann müßte das ja auch bei uns möglich sein. Und es war ja eigentlich nur die Bitte vom Kollegen Bremm - wenn ich das richtig verstanden habe -, daß wir das auch bei uns machen, und zwar so, daß diese Rutsche möglichst bei Beginn der Badesaison zur Verfügung steht, und da können wir keinen übertriebenen bürokratischen Aufwand betreiben. Debattiert wurde darüber schon oft genug. Im Budget steht Geld darin. Alle sind dafür - nur bekommen tun wir sie nicht. Also wird das wahrscheinlich wieder so werden, daß man das so machen muß. Und dann wird wieder der Herr Koll. Fürweger aufstehen und sagen: „Ich mache einen Amtsmißbrauch oder ich fahre über irgend etwas drüber.“ Oft ist das leider nicht anders möglich. Dann ist es so, wie das heute schon einmal gesagt worden ist - oder haben sie gesagt - in einer anderen Gemeinde macht das der Bürgermeister mit einem Zivilingenieur. Wenn ich das in Steyr tu', das kann ich nämlich auch, dann horch' ich mir sie an

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Baudirektor

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein Gott, Herr Fürweger! Also eigentlich sollten wir über den Verlustersatz abstimmen. Wir sind ein bißchen abseits gekommen, aber das war doch bedeutsam. Ich habe den Eindruck, es herrscht Einstimmigkeit vor, daß wir die Wasserrutsche bekommen. Das war ein positiver Nebeneffekt bei diesem Tagesordnungspunkt Nr. 15). Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, aufgrund der teuren Anschlüsse an das Erdgasversorgungsnetz unseres städt. Unternehmens und auch aufgrund der Tatsache, daß im Jänner 97 die tiefen Außentemperaturen einen erheblichen Mehrbedarf an Erdgas erkennen lassen und der derzeitige Erdgasliefervertrag nicht mehr ausreichen wird, ist es daher notwendig, rechtzeitig diesen

Erdgasliefervertrag entsprechend anzupassen, daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

16) Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; Vertragsanpassung für Bereitstellung und Jahresabnahmemengen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 6.02.1997 wird der Vertragsanpassung zum Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG gemäß dem Schreiben vom 7.01.1997 für das Jahr 1997 und Folgejahre zugestimmt, wobei die Jahresabnahmemenge ca. 26.000 Mio. m³n und die stündliche Bereitstellungsmenge 9.000 m³n beträgt.

Die aus der erhöhten Leistungsbereitstellung resultierenden Mehraufwendungen für den Jahresleistungspreis in der Höhe von S 1,2 Mio. (exkl. USt) auf S 11,8 Mio. (exkl. USt) werden über den erhöhten Erdgasabsatz (voraussichtlich 800.000 m³n für 1997) gedeckt und sind somit in der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk enthalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu dem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Bereich des städt. Hallenbades soll nunmehr nach 10jährigem gleichbleibenden Tarif eine Änderung herbeigeführt werden, und zwar soll es eine Indexanhebung sein, die bewirkt, daß die Eintrittspreise durchschnittlich um 30 % angehoben werden sollen. Dieses Thema wurde ebenfalls im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen ausführlich diskutiert. Und man ist einstimmig zu dem Beschluß gekommen, einen derartigen Amtsbericht zu verfassen und dem Stadtsenat und in weiterer Folge, also heute, dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Bekanntlich ist ja das Hallenbad seit Oktober 95 geschlossen. Es wurde heute bereits von Herrn Bürgermeister darauf hingewiesen, daß mit 28. d. Monats das Hallenbad wieder zur Verfügung stehen wird. Die Sanierungskosten werden die voraussichtlichen Höhen, aufgrund von Sanierungen größeren Ausmaßes und auch aufgrund von Vorgriffen der 2. Sanierungsetappe, was ja technisch sinnvoll ist, wenn man gleich gewisse Dinge mit hineinnimmt, um spätere doppelte Arbeiten hintanzuhalten, überschreiten. Es wurde ebenfalls bereits darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit geschaffen werden soll, das ist auch schon bei der Fraktionsobmännerbesprechung so ausgemacht worden, daß eine Woche lang diese Anlage frei zur Verfügung stehen soll, also daß diese 1 Woche.....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Freitag bis Dienstag.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

..... kein Eintritt bzw. keine Tarife zur Geltung kommen.

Ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

17) Stw-5/97 Stadtbad Steyr; Tarifregulierung im Bereich des städt. Hallenbades

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 10.02.1997 wird der Anhebung der Tarife im Bereiche des städt. Hallenbades um durchschnittlich 30 %, laut beiliegendem Tarifvorschlag, zugestimmt. (BEILAGE)

Bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht das Wort zu dem Antrag? Koll. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Es ist mir beim Lesen dieses Antrages bzw. bei der Tarifaufgliederung aufgefallen, daß also beim Familientarif c) Eltern und deren Kinder bis zum 15. Lebensjahr, also mit dem 15. Lebensjahr begrenzt sind, während bei Einzelkarten die Kinder über das 15. Lebensjahr mit einem Schülerschein nach wie vor die Karte vergünstigt kaufen können. Könnte man das hier nicht auch hineinnehmen? Wo ist denn da der Unterschied, daß das Kind mit 15 Jahren plötzlich im Familienverband mehr zahlen sollte, und nachher, obwohl es noch zur Schule geht, wenn es alleine in das Bad geht, mit dem Schülerschein billiger hineingehen kann? Ich glaube, das wäre kein Problem, daß man das mit hineinnimmt. Ich glaube, daß ein Kind zusätzlich sehr viel teurer wird, wenn es 15 Jahre vorbei hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was sagt er dazu?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben uns ausführlich darüber unterhalten. Auf die Idee ist offensichtlich niemand gekommen. Das ist für mich jetzt auch überraschend. Ich weiß nicht, wie weit das heute zu reparieren ist, welche Auswirkungen das hat. Das ist ein bißchen überraschend gekommen, das muß ich ganz offen sagen, nachdem wir, wie gesagt im Ausschuß, uns einstimmig dazu bekannt haben, aufgrund dieser Vorlage auch den Stadtsenat und Gemeinderat zu befassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß die Auswirkungen jetzt auch nicht. Ich glaube, wir werden den Vorschlag zur Kenntnis nehmen. Es wird dann um die Durchführung gehen. Normalerweise ist das, glaube ich, so machbar, es sei denn, es bestehen da irgendwelche Probleme, die wir jetzt in der Schnelligkeit nicht sehen, aber sonst bin ich dafür, daß wir das so handhaben. Ist das eine akzeptable Vorgangsweise?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das wäre durchaus möglich, ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Keine weitere Wortmeldung?

MD. Dr. Kurt Schmidl zu Bürgermeister Hermann Leithenmayr: Abänderungsantrag zum Hauptantrag und müßte mit einer Unterschrift schriftlich eingebracht werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Jurist sagt gerade, daß das so beschlossen werden müßte. Es ist nur ein Problem. Es könnte irgendeine Auswirkung entstehen, die wir jetzt in der Schnelligkeit nicht absehen. Die werden sich dabei auch etwas gedacht haben, warum sie da eine unterschiedliche Formulierung machen. Muß nicht sein. Ich habe nichts dagegen, das so zu schreiben, wie es vom Kollegen Philipps vorgeschlagen wurde und das so zu beschließen. Es sei

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Darf ich dazu kurz etwas sagen. Bei den Einzelkarten und b) Blockkarten steht immer bis 15. Lebensjahr und Schüler mit Ausweis dabei. Das würde eigentlich so passen, daß die, die einen Schülerschein haben und über 15 sind und auch im Familienverband sind, natürlich um den verbilligten Tarif

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Also das verstehe ich nicht so.

Diskussion

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Wir stimmen über den Hauptantrag in der Form des Abänderungsantrages ab, wobei das dann also heißt: Schüler mit Ausweis.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das kann ein jeder dazuschreiben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So, darf ich wieder um Aufmerksamkeit bitten?! Der nächste Antrag beinhaltet eine Ausgabe von S 747.872,92 für Vorsorgemaßnahmen der Reinhaltung unseres Trinkwassers. Ich darf vielleicht, obwohl das ein jährlich wiederkehrender Antrag ist, darauf hinweisen, daß die erste Position S 366.980,--, die Abkürzung BBSUA heißt bundesbakteriologische, seriologische Untersuchungsanstalt, weil auch die Frage im Stadtsenat aufgetaucht ist. Der nächste größere Posten ist Dietach - Entschädigungen; dabei handelt es sich um Entschädigungen, die Landwirte erhalten - insgesamt sind das den Bereich Dietach betreffend 8 Landwirte -, weil sie keine Düngung ihrer Felder dort im Nahbereich unserer Wasserversorgung vornehmen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf mir aber doch erlauben, als zuständiger Referent eine Anmerkung insofern zu machen, als eigentlich dieser Antrag in diesem Ausmaß vor diesem Gremium gar nicht notwendig wäre zu stellen, denn an sich müßten ja die Stadtwerke bzw. das Wasserwerk aus eigener Finanzkraft diese Mittel aufbringen, wenn nicht die Stadt Steyr diese sogenannten Reinhaltungszuschläge einbehalten würde und ins allgemeine Budget einfließen lassen würde. Beim Reinhaltungszuschlag handelt es sich um einen Betrag, der 1/6 des kalkulierten Wasserpreises ausmacht und auf den aufgeschlagen wird und wie gesagt, von der Stadt vereinnahmt wird. Das war auch ein Kritikpunkt des Rechnungshofes, dem ich mich ja anschließend - das habe ich bei meinen Ausführungen damals hier vor diesem Gemeinderat, als der Rechnungshof zur Diskussion angestanden ist, auch zum Ausdruck gebracht. Ich hoffe also, daß es demnächst im Hinblick darauf eine Änderung geben wird, daß eben diese Forderungen des Rechnungshofes auch erfüllt werden und dieser Reinhaltungszuschlag, der ja schlußendlich jährlich eine Summe von etwa S 7 Mio. ausmacht, dem Budget des Wasserwerkes zugute kommen soll, und daß natürlich dann aus eigener Finanzkraft derartige Dinge bezahlt werden können.

Heute muß ich ihnen aber den Antrag des Stadtsenates insofern vortragen, als dieser lautet:

18) Stw-4/97 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1996

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 7.2.1997 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1996 in der Höhe von

S 748.000,--

(in Worten: Schilling siebenhundertachtundvierzigtausend)

an die Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 748.000,-- bei VA-St. 1/8790/728000.7 freigegeben.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht das Wort zu dem Antrag? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag betrifft die Errichtung des Hochbehälters Münichholz, ebenfalls eine Angelegenheit, die unser Trinkwasser betrifft. Bekanntlich muß dieser ja aufgrund der langen Betriebsdauer erneuert und vergrößert werden. Es gibt einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluß, wie auch im Amtsbericht darauf hingewiesen wird, nämlich vom 24. 10. 1996. Heute geht es darum, daß die Verfließungsarbeiten vergeben werden sollen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

19) ÖAG-5207/92 Neubau Hochbehälter Münichholz; Verfließungsarbeiten; Auftragsvergabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 18. Feber 1997 wird im Zusammenhang mit dem Neubau des Hochbehälters Münichholz für die Verfließungsarbeiten der Vergabe an nachstehendes Unternehmen zur Leistungserbringung zugestimmt.

Firma Gilly's Fliesenladen, Dietach S 1,321.496,-- e.U.

Die erforderlichen Mittel werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Daher gleich die Abstimmung. Wer für den Antrag

stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Auch nicht, daher ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Eichhübl, und ich ersuche als nächsten Berichterstatter den Kollegen Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um die Berichterstattung der Gemeindebediensteten-Schutzkommission über das Jahr 1996. Er beinhaltet zwei Punkte. 1. Überprüfung des Amtsgebäudes Stadtplatz 31 - Nichteinhaltung von feuerpolizeilichen Auflagen. Den bekrittelten Punkten wurde dann entsprochen. Und im 2. Antrag geht es um die Überprüfung der Räumlichkeiten in der Liegenschaft Promenade 16, wo einige Punkte vorgeschrieben bzw. empfohlen wurden. Ein Teil wurde durchgeführt, und ein Teil wird dann im Bericht über das Jahr 1997 erfolgen.

20) Pers-434/85 Pers-1020/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 30. Jänner 1997 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1996 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort dazu? Niemand, daher gleich die Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Reform der Dienstausbildung im Magistrat der Stadt Steyr, Erlassung einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Auch im Bereich des öffentl. Dienstes gewinnen Fragen der Aus- und Weiterbildung und in der Folge der Personalentwicklung einen zunehmend größeren Stellenwert. Dies gilt auch für den Magistrat der Stadt Steyr. Ein erster Schritt wurde mit der Einrichtung der Stabsstelle für Personalentwicklung und Weiterbildung gesetzt, ein wesentlich weiterer Schritt soll nunmehr mit der Reform der Dienstausbildung gesetzt werden. War es bisher üblich, für die Verwendungsgruppen A/a einen Vorbereitungskurs beim Amt der OÖ. Landesregierung mit anschließender Dienstprüfung zu absolvieren und für die Verwendungsgruppen B/b und C/c einen Vorbereitungslehrgang in Grieskirchen mit anschließender Dienstprüfung beim Amt der OÖ. Landesregierung abzulegen, so soll die Dienstausbildung künftighin wie folgt neu organisiert werden. Innerhalb der ersten Monate nach Dienst Eintritt haben alle MitarbeiterInnen an einer Einführungsveranstaltung „Neu im Magistrat“ teilzunehmen, die einen festen Bestandteil der Dienstausbildung bildet.

Nach Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis sollen alle im Bereich der Verwendungsgruppen A/a, B/b und C/c betroffenen Bediensteten künftig eine Grundausbildung in Steyr absolvieren, die mit einer mündlichen, kommissionellen Prüfung abschließt. Die spezielle

weitergehende Fachausbildung soll sodann für die Verwendungsgruppe B/b und C/c beim Magistrat der Stadt Linz, mit dem für diesen Zweck eine entsprechende Kooperation eingegangen ist, durchgeführt werden. Und es soll auch der spezielle fachliche Teil der Dienstprüfung beim Magistrat der Stadt Linz abgelegt werden. Die positiv absolvierte Grundausbildung mit mündlicher kommissioneller Prüfung beim Magistrat der Stadt Steyr sowie die abgelegte Dienstprüfung über die Fachausbildung beim Magistrat der Stadt Linz ergeben sodann zusammen die besonderen Anstellungserfordernisse im Sinne des § 11 des Statutargemeinden-Beamtengesetzes. Im Bereich der Verwendungsgruppe A/a ist die entsprechende Fachausbildung und Dienstprüfung wie bisher beim Amt der OÖ Landesregierung abzulegen.

Die Erstellung der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung wurde vom GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Personalentwicklung durchgeführt. Den rechtlichen Rahmen, insbesondere hinsichtlich zwingender Inhalte und der Prüfungsformen, setzen die §§ 16 ff des OÖ. Landesbeamtengesetzes 1993, LGBl. Nr. 11/1994 i.d.g.F., das sinngemäß auf die Dienstausbildung der oö. Gemeinden und oö. Statutarstädte anzuwenden ist.

Zusammenfassend soll daher mit der vorliegenden Ausbildungs- und Prüfungsordnung ein organisatorischer Bedingungsrahmen für die Abwicklung der Dienstausbildungs-Lehrgänge geschaffen werden.

Um dies bereits mit Beginn des Frühjahrslehrganges 1997 im Magistrat der Stadt Steyr entsprechend umsetzen zu können, ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) Pers-38/97 Die Reform der Dienstausbildung im Magistrat der Stadt Steyr; Erlassung einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 3. Februar 1997 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Erlassung einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Magistrat der Stadt Steyr beschlossen. (BEILAGE)

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen.

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung, daher gleich die Abstimmung. Wer für diese Reform der Dienstausbildung ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um die Übernahme einer Haftung für ein Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den

Bauabschnitt 08, das ist der Hauptsammler am Ortskai, und der Antrag lautet:

22) Fin-227/95 Übernahme einer Haftung für ein Wasserwirtschaftsfonds darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 08

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 5. März 1997 wird der Übernahme einer zusätzlichen Haftung in der Höhe von S 1,177.301,- gemäß beiliegender Haftungserklärung für ein zusätzliches Wasserwirtschaftsfondsdarlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung in der Höhe von S 1,914.000,- gemäß beiliegender vorläufiger Abrechnung und Annahmeerklärung für den Bauabschnitt 08 - vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt.

Ich ersuche bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Antrag Nr. 22) steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung, daher gleich die Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Spanring. Nächster Berichterstatter ist Herr Kollege StR. Spöck.

BERICHTERSTATTER STADTRATWILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei meinem Antrag geht es um den Tourismusverband, um die Jahressubvention 1997. Es sollen S 1,400.000,- freigegeben werden. Bei dieser Gelegenheit gestatten sie mir auch, dem Gemeinderat ein paar positive Zahlen zu berichten. Zum Teil haben wir einige Zahlen von Herrn Bürgermeister in dieser Weise schon in der vorletzten GR-Sitzung gehört. Nächtigungsmäßig haben wir in Steyr mit einem Plus von 5,2 % im Verhältnis zum Vorjahr sehr gut abgeschnitten. Insbesondere wenn wir mit den Konkurrenzstädten Wels und Linz vergleichen. Einen Einbruch beim Tourismus hat es leider bei den 1-Stern- und 2-Stern-Betrieben gegeben, mit einem Minus von 6,2 %, sowie bei der Jugendherberge und beim Campingplatz mit einem Minus von 3,5 %. Positiv aber, und das ist für uns besonders wichtig, sind die 3-Stern- und 4-Stern-Betriebe mit 8,3 % bzw. mit 8,8 % Plus. Im Vergleich z.B. zu Linz, hier hat es bei den 4-Stern-Betrieben ein Minus von 15 % gegeben.

Der Tagestourismus war wiederum auch sehr stark, insbesondere in der Adventszeit. Der Juni ist nach wie vor das Monat mit der stärksten Frequenz, an zweiter Stelle liegt dann schon der Dezember, gefolgt von den Monaten Mai, Juli, August und September. Generell bemüht sich der Tourismusverband, das Tages- und Kongreßprogramm auch verstärkt zu bewerben. Und wir können heuer bereits wieder auf 5 fix angemeldete Kongresse hinweisen, der größte davon wird von 7. bis 11. Mai stattfinden. Es werden in etwa 600 Teilnehmer zum Magierkongreß in Steyr erwartet. Zu den Unstimmigkeiten, die der Herr Bürgermeister vor 3 Wochen in der Stadtsenatssitzung angesprochen hat, bezüglich Christkindl-Öffnungszeiten 11 Uhr. Wie ich gehört habe, hat es hier auch schon Gespräche zwischen dem Direktor und dem Verantwortlichen in Christkindl gegeben. Es wird auf jeden Fall versucht werden, diese Öffnungszeiten zu ändern. Das ist besonders wichtig, wenn man bedenkt, daß wir 6 Sonderzüge in der Christkindl-Adventszeit mit über 2.000 Besuchern hatten. Wie im vergangenen Jahr werden wir vom Tourismusverband wieder die wichtigsten Herkunftsmärkte, neben Österreich, vor allem Deutschland, Schweiz, Italien, Ungarn, bei den Messen, Workshops und

Ausstellungen wiederum bewerben. Probleme und das sei hier auch offen gesagt, sind die enorm starke Beanspruchung zu den Hochsaisonzeiten mit nur 2 Arbeitskräften bzw. mit einer Halbtagskraft. Der Tourismusdirektor hat mir zugesichert, daß er dankbar für die Subvention ist, die wir hoffentlich jetzt einstimmig beschließen werden, aber es hat steigende Kosten gegeben und die Aktivitäten und diese Mittel sind seit 9 Jahren nicht erhöht worden. Und ich glaube, wir werden sicherlich nicht umhin kommen, zumindest beim Budget 1998 diese Mittel auch zu erhöhen.

Abschließend auch an dieser Stelle hier ein Dankeschön an den Tourismusdirektor Wolfgang Neubaur mit seinem Team, dem es durch harte Arbeit gelungen ist, Steyr in den letzten Jahren attraktiver zu machen. Um auf meinen Antrag zurückzukommen, es ergeht der Antrag des Stadtsenates:

23) Fin-216/96 Tourismusverband Steyr Jahressubvention 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 2. Jänner 1997 wird dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1997 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1,400.000,-- für den laufenden Betrieb gewährt.

Für den genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 1,400.000,--

(Schilling einmillionvierhunderttausend)

bei der VA-St. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber diskutieren bzw. abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zur Tourismusförderung? Keine Wortmeldung, daher gleich die Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Niemand, daher einstimmige Annahme dieses Beschlusses. Nächster, Koll. StR. Tatzreiter, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Verdienstmedaillen nach 15 Jahren Freiwilliger Feuerwehr. Es ist mit Schreiben vom 20.1.1997 vom Bezirksfeuerwehrkommando bzw. von der SKF mit der Bitte der Vorschlag eingegangen, nachstehende Personen bzw. die Feuerwehrleute mit dieser Verdienstmedaille auszuzeichnen. Seitens der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr sind dies die Herren Hauptbrandinspektor Heribert Großauer, Brandinspektor Schwarzmüller Ernst, Brandmeister Christl Josef, Hauptfeuerwehrmann Klinger Horst, Hauptfeuerwehrmann Mayr Heinz jun., Hauptfeuerwehrmann Schrank Friedrich, Hauptfeuerwehrmann Weißengruber Kurt jun.

Seitens SKF: Hauptfeuerwehrmann Eigner Franz, Hauptfeuerwehrmann Kuzmich Robert und Oberfeuerwehrmann Steininger Gerhard.

24) FW-1/97 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt

Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 20.1.1997 genannten Personen wird zugestimmt.

Ich bitte, diese Leute damit auszuzeichnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesen Ehrungen, zur Verleihung der Ehrenmedaillen? Nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß die genannten Personen diese Medaillen bekommen, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht es um den Verkauf diverser Grundstücke an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH und wie im Amtsbericht angeführt einmal um diese 745 m² im Bereich des Flächenausmaßes in der Färbergasse 7. Diese Grundstücksfläche liegt direkt im Hof und ist dem Hochhaus und natürlich der Öffentlichkeit nicht zugänglich oder sehr schwer zugänglich, und daher ausschließlich für das Haus bestimmt. Es ist ein Grundstück, das die Stadt sozusagen nicht verwerten kann. In dem Zusammenhang ist es zweckmäßig, daß man dieses der GWG zuführt, weil es auch von den Mietern bzw. Bewohnern dort in dem Haus genützt wird. Außerdem steht vorgelagert sozusagen eine Garage. Es ist auch darüber nachgedacht worden, ob man das in Zukunft nicht umändern sollte, nämlich die Garage zu erweitern, aber nicht sozusagen auf das Grundstück auszudehnen. In diesem Zusammenhang bitte ich, erstens den Preis mit S 1.000,--, bzw. das Ausmaß, das Grundstück sozusagen, der GWG zu veräußern.

25) ÖAG-24/96 Verkauf diverser Grundstücke an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. Februar 1997 wird dem Verkauf des Grundstückes 100/4, EZ 1908, KG Steyr, im Ausmaß von 745 m² zum Kaufpreis von S 1.000,-- je Quadratmeter sowie der derzeit als Garagengrundstücke verpachteten Parzellen 729/1, EZ 1062, im Ausmaß von 204 m², einer Teilfläche der Parzelle 1661/34, EZ 1909, im ungefähren Ausmaß von 1.542 m², 1241/67, EZ 1396, im Ausmaß von 465 m² und 1950, EZ 1396, im Ausmaß von 166 m² jeweils zum Kaufpreis von S 600,-- je Quadratmeter zugestimmt. Die Käuferin hat die Kosten der Vertragserrichtung und die damit im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren mit Ausnahme der notwendigen Vermessungskosten für das Grundstück 1661/34 zu tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zum Antrag Nr. 25 das Wort? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird auch nicht angezeigt, daher ist der Antrag 25) einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im 3. Antrag geht es um den Ankauf eines Schutzbodens für die Kunsteisbahn. Das ist die 2. Etappe, und ich bitte, wie im Amtsbericht hervorgeht, um die Freigabe von S 248.000,-- bzw. um Genehmigung einer Kreditübertragung von S 74.000,--.

26) GHJ1-3/97 Ankauf eines Schutzbodens für die Kunsteisbahn; 2. Etappe; Sportplatz Rennbahn

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17.2.1997 wird dem Ankauf eines Schutzbodens (2. Etappe) für die Kunsteisbahn am Sportplatz Rennbahn bei der Fa. Forbo, Steyr, zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 248.000,--

(Schilling zweihundertachtundvierzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/2621/043000.8 freigegeben und es wird einer Kreditübertragung von

S 74.000,--

(Schilling vierundsiebzigttausend)

von der VA-Stelle 1/2621/610100.9 auf die VA-Stelle 1/2621/043000.8 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zum Antrag 26) das Wort? Keine Wortmeldung, daher gleich die Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Ist nicht der Fall. Wünscht jemand sich der Stimme zu enthalten? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im Antrag 27) geht es um den Verkauf der Liegenschaft EZ 1470, KG Steyr, an die Ehegatten Georg und Irene Staudinger in der Steiner Straße, und ich bitte, weil im Amtsbericht das schon einmal vorgesehen war, die anderen Bewerber, die sich vorher dafür gemeldet und dann nicht genommen

haben, doch jetzt den Staudingers dieses Grundstück im Gesamtausmaß von 810 m² bzw. dem Kaufpreis von S 1,500,--, somit S 1,215.000,--, zuzustimmen.

27) ÖAG-6/97 Verkauf der Liegenschaft EZ. 1470, KG Steyr, an die Ehegatten Georg und Irene Staudinger, Steyr, Steinerstraße 4 d

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. März 1997 wird dem Verkauf der Liegenschaft EZ 1470, KG Steyr, bestehend aus den Grundstücken 1266/8 und .1823 im Gesamtausmaß von 810 m² an die Ehegatten Georg und Irene Staudinger, 4400 Steyr, Steiner Straße 4 d, zum Kaufpreis von S 1.500,-- je Quadratmeter, insgesamt demnach um den Betrag von S 1,215.000,-- zugestimmt. Zusätzlich zum Kaufpreis haben die Käufer sämtliche mit der Vertragserrichtung und grundbücherlichen Durchführung im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es zum Tagesordnungspunkt 27) eine Wortmeldung? Herr Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es hat im letzten Stadtsenat 3 Grundstücksverkäufe von der Stadt an Personen gegeben. Und dieser eine Grundstücksverkauf ist ordentlich über die Bühne gegangen. Aber ich möchte schon erwähnen, daß wir, glaube ich, versuchen sollten, in Zukunft unsere Grundstücksverkäufe so zu machen, daß das reibungslos abläuft und bei dem einen Grundstücksverkauf, bei dem es hier um S 500,-- gegangen ist, zwischen Direktionsberg und Pfefferlberg, ich glaube, so etwas sollte nicht passieren. Es fehlt hier auch die öffentliche Ausschreibung. Und wenn bei dem anderen Grundstücksverkauf, mit den S 450,-- in Gleink, zwischen Grünwald und Ebenstreit, hier gesagt wird, daß man hier vorgemerkte Grundkaufwerber kontaktiert hat. Ich würde sagen, auch hier sollte man wieder ausschreiben. Warum nicht? Wir haben jetzt die 52. Gemeinderatssitzung in dieser Legislaturperiode, und ich glaube für sie, Herr Stadtrat, ist es schon die über 100. Gemeinderatssitzung, es sollte sich doch schon langsam eingebürgert haben, daß wir unsere Grundstücke öffentlich ausschreiben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Zum ersten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den S 500,--/Preis per Quadratmeter am Pfefferlberg, Pflingstmanngründe, konkret genannt, meine ich und wir haben darüber im Stadtsenat diskutiert, auch der Koll. Schloßgangel, der das Grundstück dort sehr genau und auch die Beschaffenheit des Grundstückes kennt, möchte ich nur anmerken, daß wir dort größte Not haben werden, wenn der wieder aussteigt, wieder einen zu finden. Ich sage es einmal so. Erstens, weil dort

die OKA mehrere Leitungen im Grund

Unverständliche Zwischenrufe: „..... S 500,--“

TADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Moment. Darf ich das noch sagen. Darf ich es noch sagen?!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einen Moment. Der Referent versucht etwas zu erklären, von dem die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates durchaus noch nicht ausreichend informiert sein können.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

So ist es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil es ist nämlich nicht nur eine Frage, ob ein Grundstück in einer sonnigen Lage liegt, sondern wie die Beschaffenheit dieses Grundstückes ist. Und da bemüht er sich gerade, also lauscht's ihm einmal ein bißchen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Es geht darum, daß dieses Grundstück erstens mit einer Menge Leitungen versehen ist, daß mehrere

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wasserquellen

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

..... Wasserquellen durchlaufen, sogar verrohrte Wasserquellen, also man kann die nicht absperren, weil es riesige Flüsse sind, wenn ich das so sagen darf. Zum anderen darf ich noch anmerken, daß dort ein gefährliches Rutschgebiet ist. Wir kennen ja den Wiesenberg, wie er sich bewegt hat, bzw. uns immer wieder sozusagen die Gefahr gemeldet wird, wenn sich das eine oder andere ein bißchen

bewegt. Wir haben nämlich mit dem Wiesenberg im Zusammenhang mit der Straße des öfteren schon Diskussionen gehabt. Kollege Schloßgangl kennt das.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Direktionsbergbrücke.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Die Direktionsbergbrücke hat ebenfalls einige dieser Ursachen aufgewiesen, nämlich daß sich sozusagen das Gefüge verschiebt. In diesem Zusammenhang meine ich nur, daß noch ein größeres Problem dazukommt, daß nämlich oberhalb dieses Pfingstmanngrundes die Liegenschaft des ehem. Pfefferlkafeehauses ist. Es gibt ja in diesem Zusammenhang mehrere Parzellen, also kleinere Anteile, sind wir doch froh, wenn das endlich einmal verkauft wird, weil sie stückweise sozusagen ja nicht zu verwerten sind. Zweitens, wir haben dort, alle die sich den Grund angeschaut haben, vor allem der vordere, wo man etwas hinbauen kann, ist damit belastet, daß eine starke Fundamentierung bzw. eine Absicherung, aber vor allem nicht den Hang anschneiden darf. Das heißt, der muß das mit, wie heißt das?

Zwischenrufe: „Piloten“

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Piloten setzen, danke, und das wird in diesem Zusammenhang sehr teuer. Wir haben ja, ich glaube voriges Jahr, so einen Fall gehabt, ein bißchen zurückliegend, wenn sie sich erinnern, im Bereich Waldrandsiedlung, wo wir als Gemeinde finanziell nachjustieren mußten, weil etwas aufgetreten ist. Dort haben wir es nicht genau gewußt. Da wissen wir was passiert, wenn dies nachrutscht, was nämlich derjenige auf sich nimmt, wenn er das Grundstück kauft. Das ist das eine und das andere ist, daß sich nämlich nicht so viele gemeldet haben. Es wissen zwar viele, daß der Grund verkauft wird, aber gemeldet haben sich wenig. Und weil das ein Techniker ist und sich mit diesen Dingen besser auskennt, hat er natürlich gemeint - er war bei mir, ich habe ihn nur einmal gesehen -, daß er sich das mit besonderen Maßnahmen vorstellen kann, hier eine Sicherheit einzubauen. Er möchte nämlich auch nicht haben, daß ihm irgend etwas nachrutscht, und daß das dann natürlich sehr teuer wird und der Schaden möglicherweise dann so groß ist, daß ihm sozusagen die finanzielle Kraft ausgeht. So sollten wir die Dinge sehen. Hinzu kommt noch, daß oberhalb dieser Liegenschaft - und das hat manche auch abgeschreckt - das Gasthaus Santa ist. Das heißt, da kommt auch noch ein bißchen die nächtliche Ruhestörung dazu. Und das hat natürlich dort auch irgendwelche Dinge mit ausgelöst. Der Grund ist daher von der Bewertung nicht dementsprechend, was sich wir aufgrund der sonnigen Lage vorstellen. Herr GR Fürweger, ich habe die Frage auch Herrn Dr. Pfeil gestellt, ob er vielleicht einen Käufer hat. Ich weiß, daß sie Grundstückskäufe bzw. dem Maklergewerbe nachgehen, daher haben sie vielleicht auch die Möglichkeit, sich dort zu bewähren. Ich darf das nur in diesem Zusammenhang anmerken. Ich möchte nur haben, wenn wir etwas machen, daß wir es vernünftig und ordentlich machen. Und nicht, daß wir vielleicht dann wieder einen Antrag stellen müssen bzw. neuerlich behandeln müssen, weil irgend etwas passiert ist, da möchte ich sozusagen die Sicherheit einbauen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber wir verkaufen einen anderen Grund, nicht den, wenn ich das kurz einblenden darf.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das war nur eine Anmerkung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieder nicht zur Sache, nicht?

Fertig?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja. Ich habe nur die Frage beantwortet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir verkaufen die Liegenschaft EZ 1470, KG Steyr, an die Ehegatten Georg und Irene Staudinger. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Und zum Pfefferlberg ein Wort, wir werden uns jetzt da nicht als Fachleute versuchen, sondern wir werden noch einmal ein Gutachten von einem beeideten Sachverständigen einholen und diese Geschichte neuerlich einer Behandlung zuführen. Gut, damit ist einmal die ordentliche Tagesordnung erschöpft und wir wenden uns der Behandlung der Dringlichkeitsanträge zu. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 1 betrifft die Abänderung der Darlehensbedingungen für Wohnbauförderungsdarlehen 1968. Ich darf fragen, wer zu diesem Dringlichkeitsantrag das Wort ergreifen möchte. Keine Wortmeldung. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ja! Dann bitte ich, ein ordentliches Zeichen zu geben, ich bin ja kein Hellseher.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wir zu dieser Resolution gekommen sind bzw. der Dringlichkeit Rechnung tragen sollten, hat damit zu tun, daß wir im gemeinderätlichen Wohnungsausschuß natürlich uns schon des öfteren damit beschäftigt haben und dort auch Diskussionen entstanden sind. Aufgrund der doch sehr drastischen Mieterhöhungen betrifft das natürlich im wesentlichen die Bauobjekte oder Wohnbauerrichtungen, die mit der Wohnbauförderung 1968 damals

festgelegten Wohnbauförderung passiert sind. In diesem Zusammenhang stellt sich heraus, daß - wie auch schon im Amtsbericht bzw. in der Darstellung dieser Resolution und den Vorbemerkungen konkret - die Laufzeit eine wesentliche Rolle spielt. Hinzu kommt noch erschwerend - wenn ich das so sagen darf -, der Finanzbeamte müßte das bestätigen, daß die Grundsteuerbefreiung nach 20 Jahren sozusagen eingestellt ist bzw. aufgehoben wird, und daher kommt das noch dazu, daß sich die Miete

in diesem Zusammenhang erhöht. Und meine Damen und Herren, ich glaube, daß es zweckmäßig ist, daß wir wieder einmal um einen Schritt schneller sind als vielleicht so manch andere. Ich habe heute in Wels bei einer anderen Veranstaltung das Vergnügen gehabt, mit dem neuen Wohnbaulandesrat, Dipl.-Ing. Haider, zusammenzukommen und habe ihm gleich - nicht unterschrieben - ein Exemplar aus der heute vorliegenden Resolution mit den Erläuterungen überreicht und ihn gebeten, das sich während der Fahrt gleich durchzulesen und natürlich auch um wohlwollende Behandlung bzw. um die Möglichkeiten, die es vielleicht doch gibt, sozusagen den Mietern und da geht es zumeist um jene, die sich die Erhöhungen, die da doch einigermaßen exorbitant sind, bis zu S 10,--/m² (bei 80 m² macht das immerhin S 800,-- aus), nicht leicht leisten können, gebeten. In diesem Zusammenhang sollten doch diese, weil es nur um eine Laufzeitverlängerung geht, etwa um 3 Jahre, dann würde sich das ausgleichen und wir könnten hier nicht den gravierenden Sprung machen, das heißt, wir sollten als Gemeinde bzw. als Funktionäre dieser Gemeinde, vor allem aber auch als Verantwortliche der stadteigenen GWG, hier diese Resolution beschließen und der Landesregierung weiterleiten. Ich würde auch bitten, daß man das dem LH, dem LH-Stv., vor allem aber dem Wohnbaulandesreferenten, sozusagen zuweist. Bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht ersichtlich, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag Nr. 2 - Resolution betreffend

Mehrere Zwischenrufe: „Nr. 1“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nr. 1., richtig, danke für die Korrektur, die Zustimmung gibt, möchte ich bitten, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Jemand dagegen? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird auch nicht angezeigt, daher ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages Nr. 2) von der ÖVP. Ich darf fragen, ob die ÖVP diesen Antrag zu erläutern wünscht. Jawohl. Herr Kollege Spöck.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Das Land hat ja diese Woche den Geldhahn für Lehrlinge aufgedreht. Diese Woche wurde beschlossen, die Lehrlingsausbildung zusätzlich mit ca. 40 Mio. Schilling zu sponsern. Die neue Sonderförderung soll möglichst viele nichtausbildende Betriebe überzeugen und andere dazu bringen, mehr Lehrlinge einzustellen. Je zusätzlichen Lehrling gibt es seitens des Landes S 1.000,-- pro Monat Zuschuß, also bei einer dreijährigen Lehrzeit wäre das ein Zuschuß seitens des Landes von S 36.000,--. Eine ähnliche Aktion in der Steiermark hat sich sehr gut bewährt. Es sind in etwa 1.000 zusätzliche Lehrstellen aufgrund dieser Aktion geschaffen worden. Zur Dringlichkeit. In der Stadt Steyr suchen derzeit 157 Jugendliche bei 40 offenen Lehrstellen einen Lehrplatz. Alleine aufgrund dieser Zahlen ist die Dringlichkeit sicherlich gegeben. Vielleicht noch interessant, wir haben 280 auszubildende Betriebe in Steyr, die insgesamt 906 Lehrlinge ausbilden; Gewerbe und Handwerk 456, Handel 151, Industrie 244, Tourismus 45, und Sonstige 10 Lehrlinge. Zur Höhe dieses Antrages. Es wird nächste

Woche ein ähnlicher Antrag in der Gemeinde Garsten beschlossen. Die Gemeinde Garsten wird auch die Lehrlinge mit S 5.000,-- für 1997 fördern. Für 98 wird überlegt - und das ist auch unserem Antrag zugrunde gelegt -, sollte sich die Aktion nicht bewähren, der Antrag ist ja befristet mit 1997. Sierning fördert, soweit ich informiert bin, mit 50 % im ersten Jahr die gesamten Lehrkosten bzw. geht dann die Förderung im 2. Jahr herunter auf 30 % und 10 % dann im dritten Lehrjahr. Und daher ersuche ich den hohen Gemeinderat aufgrund der Wichtigkeit, wir haben wie gesagt 157 Jugendliche, die bei 40 offenen Lehrstellen einen Lehrplatz suchen, dementsprechend auch die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Absicht, die hinter diesem Antrag steckt, ist bestimmt sehr gut. Und ich kann es nur so verstehen, daß man das als einen psychologischen Anreiz sehen soll und kann, denn wenn man weiß, was ein Lehrling kostet, dann ist diese Förderung in keiner Größenordnung, in keiner Relation zu den effektiven Kosten. Aber wie gesagt, ich halte das an sich für sehr begrüßenswert. Wir brauchen eine Wirtschaftsförderung in der Richtung Ausbildungs- und Lehrlingsförderung. Diese S 5.000,-- scheinen mir sowieso das Minimum, über das man hier diskutieren sollte, sodaß ich schon deswegen, weil es nicht viel ist und weil es daher der Stadt nicht sehr viel kostet, auf alle Fälle dem zustimme. Ich würde gerne sehen, wäre es mehr. Ich habe nur stilistisch einen Abänderungsantrag, inhaltlich ändert das überhaupt nichts, und zwar stimmt Pkt. 1) nicht mehr ganz, weil es dürfte offenbar ein größeres Programm der ÖVP in petto gewesen sein, das man dann irgendwie verworfen hat oder, ja, verworfen hat, bleiben wir dabei und das andere ist....

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

dann die Lehrlingsförderung.

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Offensive Wirtschaftsförderung durch die Stadt Steyr im folgenden Punkt:

1. Lehrlingsförderung:

Jeder Betrieb in Steyr, der vom 1.1.1997 bis 31.12.1997 einen neuen Lehrling aufgenommen hat bzw. aufnehmen wird, soll mit S 5.000,-- als nicht rückzahlbare Subvention pro neuen Lehrling gefördert werden.

Dann brauchen wir den nächsten Satz auch nicht mehr.

Ich darf das so in der Form als Abänderungsantrag einbringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster StR. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich muß mich - trotz, daß der Kollege Schwager mir bereits einiges vorweg- genommen hat - deswegen zu diesem Antrag zu Wort melden, weil ich mich ja beruflich auch sehr intensiv mit der Lehrlingsausbildung beschäftige. Und ich stehe auch nicht an zu erklären, daß ich keineswegs der ÖVP-Fraktion unterstelle, daß sie diesen Antrag in unlauteren Absichten gemacht hat, aber mir scheint das doch so zu sein, daß das ein bißchen unüberlegt ist und zu rasch eingebracht wurde. Wenn ich jetzt an die Höhe denke, wie gesagt, ein Lehrling in der metallverarbeitenden Industrie im 3. Lehrjahr kostet dem Betrieb mtl. S 22.000,-- bis S 25.000,--. Und ich bin aus dem, was Pkt 1) betrifft, nicht ganz klug geworden. Da heißt es: „Soll mit S 5.000,-- pro neuen Lehrling gefördert werden.“ Diese Förderung wird vorerst für ein Jahr ausbezahlt. Ist das jetzt eine Jahresförderung?

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Ja.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich frage sicher noch ein-, zweimal nach, weil das einfach nicht so deutlich herauskommt. Das soll also eine Jahresförderung sein.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das ist eine Einmalförderung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Eine Einmalförderung, also wenn jemand bereit ist, einen Lehrling aufzunehmen, dann bekommt er S 5.000,--.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Es wird in etwa 250 Lehrlinge betreffen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich sage es gleich vorweg, ich werde dem Antrag bei der Abstimmung sicherlich nicht negativ gegenüberstehen, aber ich halte es trotzdem für eine Alibiaktion. Also das hätte man schon ein bißchen, was die Modalitäten betrifft, genauer nach den Förderungskatalogen erarbeiten sollen. Ich glaube, daß das wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Ich kann mir kaum vorstellen, daß ein Betrieb jetzt nur wegen S 5.000,- einen Lehrling aufnimmt. Also das glaube ich persönlich nicht. Aber nachdem - das betone ich nochmals - da zweifelsohne eine gute und wichtige Absicht dahintersteckt, könnte ich mir vorstellen, daß wir dem die Zustimmung geben werden. Allerdings darf ich dich, Willi, als Antragsteller nochmals fragen, ob du bereit wärst, den Antrag in der Form abzuändern, wie es Kollege Schwager, vor allem wir, bekanntgegeben bzw. gewünscht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz ab und möchte mich zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Situation auf dem Sektor Lehrlingsausbildung ist natürlich schwierig. Wir haben ja bereits in der Vergangenheit schon einmal darüber diskutiert und debattiert. Und ich möchte doch heute berichten, daß wir auch unseren Beschluß sehr ernst genommen haben und uns im Magistrat selbst damit sehr beschäftigt haben, wie denn wir auch, sozusagen Signalwirkung auslösend, mehr Lehrlinge aufnehmen können, als die, die in der Vergangenheit hier und da einmal aufgenommen wurden. Es zeichnet sich ab, daß wir 5 - 6 Lehrlinge aufnehmen können. Wahrscheinlich nur einen im Installationsbereich, aber Bürolehrlinge in einigen anderen Bereichen. Wobei es ja nicht so einfach ist, daß man nur einen „Schnellschuß“ macht, sondern es geht schon auch um die Verantwortung, daß diese jungen Menschen auch eine gute Ausbildung bekommen. Das dürfen wir bei der Gelegenheit ja auch nicht außer acht lassen. Also die Stadt wird hier auch ein Signal setzen. Ich gehe auch davon aus, daß hier die ÖVP bei dieser Antragstellung die besten Absichten an den Tag legt, so, wie das auch in Garsten geschieht. Ich habe das schon in der Zeitung gelesen, daß die auch diesbezügliche Absichten entwickeln und hier Beschlüsse herbeiführen wollen. Allerdings muß ich mich auch meinen Vorrednern anschließen, die hier die Frage der Größenordnung dieser Förderung angesprochen haben und leise Zweifel zumindest zum Ausdruck gebracht haben, daß damit wirklich auch dieses Ziel, das uns ja gemeinsam vorschwebt, erreicht werden kann. Nun ist ja bei einer umfassenden Betrachtung des Problems zu sagen, daß wir ja im Budget unserer Stadt aufgrund der Lage auf dem Sektor, wohlerkennend schon im vergangenen Jahr, eine halbe Million Schilling für Förderungen vorgesehen haben. Ich weiß nicht Willi, warum du den Kopf schüttelst?

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Das sind die S 5.000,--

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte? Im Budget der Stadt Steyr ist eine halbe Million Schilling vorgesehen, um damit hier ein Förderungsmodell zu entwickeln, nämlich mehr Lehrausbildungsplätze in der Stadt zu bekommen. Das war das erklärte Ziel. Und wir haben das auch bei der Budgetdebatte zum Ausdruck gebracht. Nicht? Das Budget ist dann sehr knapp beschlossen worden. Und jetzt kommt es mir ein bißchen als „Hüftschuß“ vor, wenn man so schnell bei Pkt. 1, ohne weitere Punkte anzuführen, höchstens eine Begründung sagt, und jetzt werfen wir S 5.000,-- pro neuen Lehrling raus, der heuer aufgenommen wurde oder noch aufgenommen wird. Da geht es mir eigentlich darum, daß es heißt, wir führen plötzlich die Förderung der Lehrlingsausbildung durch die Stadt ein. Bei dieser Gelegenheit ist es mir schon ein Anliegen, und zwar ein sehr ernsthaftes, darauf hinzuweisen, daß die Unternehmer sehr, sehr schlecht beraten sind, wenn sie glauben, nur mit dem Blick auf die Jahresbilanz, jetzt keine Lehrlinge mehr ausbilden zu müssen, keine Fachleute mehr ausbilden zu müssen. Das wird sich fürchterlich rächen, wenn das nicht geschieht. Es werden nämlich in wenigen Jahren diese ausgebildeten Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen, die die Unternehmungen brauchen. Und es wird wahrscheinlich auch nicht möglich sein, daß die Stadt oder die öffentl. Hand die Gesamtkosten für die Lehrlingsausbildung übernimmt. Wir könnten das, wie das hier auch richtig formuliert wurde, auch nur für ein Jahr tun, und wir hätten im Budget Geld dafür vorgesehen. Nur ich bezweifle sehr, daß man mit den S 5.000,-- dieses Ziel erreicht. Wenn es nämlich so wäre und ich in der Eile nicht falsch rechne, dann müßten wir mit unserer halben Million 100 Lehrplätze schaffen können. Wer glaubt das in diesem Saale? Ich frage euch einmal, Freunde, bei näherer Betrachtung der Umstände. Und jetzt kommt noch etwas dazu. Wir haben ja nicht nur eine Million da hineingetan und nicht nur Möglichkeiten geschaffen, 5 oder 6 Lehrlinge bei uns im Haus aufzunehmen, sondern ich habe ja sofort mit dem AMS OÖ, mit dem Hofrat Obrovski, Kontakt aufgenommen. Ich habe ihm einen Brief geschrieben, daß ich erwarte, daß die Arbeitsmarktförderung OÖ. in dieser prekären Situation in unserer Stadt und Region tätig wird und hier ein Modell entwickelt, an dem wir uns auch finanziell beteiligen werden, und zwar mit einer halben Million Schilling, daß wir mehr Lehrplätze schaffen. Und es ist auch hier in diesem Zusammenhang festgestellt worden, es gibt einen Schriftverkehr, daß die Kosten pro Lehrling wirklich in der Größenordnung liegen, wie der Kollege Eichhübl das angesprochen hat, nämlich um die S 20.000,--. Im Monat bitte sehr! Das muß man also sehen, und daher, meine Damen und Herren, habe ich dem AMS OÖ. signalisiert, daß wir uns an einem solchen Modell beteiligen werden und sie sich bemühen sollen, es zustande zu bringen, die allerdings ein Vielfaches des Betrages aufwenden müssen, nämlich ein Vielfaches von der halben Million, die wir im Budget haben. Das ist auch zugesagt worden. Und es hat sich herausgestellt, daß das eigentlich nur dann funktionieren wird, wenn sie hier, weil die Unternehmungen sich von Haus aus nicht bereit erklären, diese Lehrlinge aufzunehmen, eine Konstruktion bilden, nämlich einen eigenen Verein, der an sich die Berechtigung hat, Lehrlinge auszubilden, diese sogenannte FAB (ich kenne das nicht näher). Aber das ist diese Institution, die das darf. Die muß die Lehrherrnfunktion übernehmen und kann bei den Meistern oder bei Betrieben bzw. Lehrwerkstätten Ausbildungen durchführen. Das ist aber nur mit Zustimmung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, in diesem Fall des Herrn BM Fahrleitner, möglich. Um diese Genehmigung ist vom AMS OÖ. angesucht worden und Fahrleitner, wie mir mitgeteilt wurde, hat vor 14 Tagen die Bewilligung erteilt. Das heißt, wenn wir hier möglichst effektiv sein wollen, dann müssen wir auch an dieses Modell glauben und uns daran beteiligen, was wir selbst mit dem AMS in Gang gesetzt haben. Und da werden wir die halbe Million für diese Aktion aufzuwenden haben. Ich möchte euch daher bitten, das wäre die billigste und wirksamste Methode, wenn ich nur daran glauben könnte, daß es funktioniert, wenn man mit der halben Million 100 Arbeitsplätze schaffen könnte. Es wird mit dem AMS und der halben Million vielleicht möglich sein, 30 bis 35 solche Lehrlingsplätze zu schaffen, meint man möglicherweise beim AMS. Also ich würde hier bitten, daß wir uns noch ein bißchen Zeit lassen. Ich will der Stadt

die halbe Million nicht ersparen, sondern ich möchte sie auch ausgeben. Nur bitte, es soll einen Sinn haben, und wir sollen den Zweck erreichen. Eines möchte ich noch sagen, ich möchte auch haben, daß es sich um zusätzliche Lehrlinge handelt, nicht um die Lehrlinge, die ohnehin schon aufgenommen wurden. Das ist eine Förderung, die am Zweck, am Ziel, vorbeigeht. Das möchte ich sagen. Mir geht es um zusätzliche Lehrlinge. Und das können wir mit dieser Formulierung nämlich nicht erreichen. Da bekommt ein jeder, der heuer einen Lehrling aufgenommen hat, jetzt S 5.000,-- und wenn sie im Herbst noch einmal einen Lehrling aufnehmen, wie eh und je, dann bekommen sie auch S 5.000,-- pro Lehrling. Ich würde mich zu der Aktion schon bekennen können, wenn es sich um zusätzliche Lehrlinge handelt. Da muß man aber einen Vergleich herstellen, mit dem, was der Betrieb bisher ausgebildet hat. Wenn dieser bisher immer 2 Lehrlinge ausgebildet hat, weil er sie für seinen Einsatz gebraucht hat, dann würde ich sofort für die S 5.000,-- sein, daß er einen dritten Lehrling ausbildet. Aber ansonsten, liebe Freunde, kann ich mich so auf die Schnelle mit dieser Vorgangsweise nicht anfreunden. Nicht, weil ich nicht dafür bin, damit das klar ist, sondern weil ich die Effektivität bezweifle. Wir sollen ja das Ziel erreichen. Ich schlage daher vor, ob das nicht ein gangbarer Weg wäre, wenn wir diesen Antrag zur weiteren Behandlung in den Finanz- und Rechtsausschuß transferieren, um das auch jetzt mit dem AMS- Modell prüfen zu können, das wir, wie ich hoffe, in nächster Zeit bekommen werden, und daß wir dann auch unsere halbe Million Schilling, die wir im Budget vorgesehen haben, wirklich effektiv zur Erreichung des Zieles „mehr Ausbildungsplätze in der Stadt“ einsetzen können. Das wäre mein Vorschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, daß das auch ganz wichtig ist, daß man pro zusätzlichen Lehrplatz sagt. Weil es kann so sein, daß manche Betriebe 6 Lehrlinge aufnehmen und kassieren für jeden Lehrling S 5.000,-- und nach 8 Wochen werden vier weggegeben und vielleicht zwei behalten. Das ist in vielen Betrieben so. Und wenn man vorher die S 5.000,-- gibt, finde ich das nicht ganz richtig, sondern pro zusätzlichen Lehrplatz, wenn ich einen schaffe. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück, als nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe bei dieser Geschichte ein bißchen ein ungutes Gefühl, weil ich mir denke, sie werden doch selbst nicht glauben, daß für S 417,-- pro Monat der Unternehmer zusätzlich einen Lehrling einstellt. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen, wenn man bedenkt, was ein Lehrling wirklich kostet. Und wegen S 417,-- im Monat, soll er jetzt zusätzlich einen dazunehmen?

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Jeder zusätzliche Lehrling

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber wenn sie jeder Lehrling sagen, dann haben wir genau das Prinzip, das sie immer wieder ankreiden, dann haben wir dieses Gießkannenprinzip,

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

wo man sozusagen so nach „ja, überall dort, wo es paßt, ein bißchen ein Geld darüberschütten“. Wie gesagt, für S 417,-- im Monat, ohne irgendwelche Prognosen, ohne irgendwelche Modelle, daß man mehr Lehrlinge auf Arbeitsplätze bringt. Sie sagen: „O.K. der Unternehmer bekommt S 5.000,--“. Und damit ist das ganze Problem gelöst. Das ist es bei Gott nicht. Das muß ich schon sehr betonen. Weil wissen sie, ich bin auch ein Unternehmer, zwar ein kleiner, aber wenn zu mir wer kommt und sagt: „Wissen sie was, da haben sie S 5.000,--, nehmen sie einen zusätzlichen Lehrling“, sage ich,

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Wilhelm Spöck.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

..... ja der Lehrling kostet mir in Wahrheit viel mehr und wenn ich ihn nicht brauche und ich nehme ihn gutwill, sage ich: „O.K., der soll das haben.“ Aber für S 417,-- nicht, da sage ich lieber: „Behalten sie das Geld, das mache ich nicht um die S 417,--“, sondern ich mache das, weil es für die Wirtschaft notwendig ist, aber nicht wegen S 417,-- im Monat, da mache ich das sicher nicht. Und wenn ich ohnehin im Betrieb einen Lehrling brauche, dann brauche ich ihn ohnehin, dann brauche ich nicht noch ein „Gutti“ dazu, daß man die S 417,-- dazuzahlt. Das ist ein bißchen seltsam. Vor allen Dingen, wenn ich dann auch lese, daß sie darin stehen haben, was weiß ich, „für Klein- und Mittelbetriebe S 3 Mio.“ Das klingt so, als wenn die Stadt nicht mehr ausgeben würde, aber in Wahrheit haben wir S 12 Mio. drinnen, wir haben für BMW S 7 Mio., für die Standardmarketing S 2 Mio. und für die normale Gewerbeförderung S 3 Mio bezahlt. Und ich bin mir vollkommen sicher, daß es dem Lehrling, von dem wir heute reden, vollkommen egal ist, ob er in einem Klein- oder Großbetrieb ist. Hauptsache er hat einen Platz zum Arbeiten. Und da geht es wirklich nicht um die S 417,--, sondern da kommt es auf die Unternehmer an, ob sich die auf das einlassen. Und die lassen sich auf so eine „Mickymaus-Förderung“, das muß ich jetzt auch ehrlich sagen, wirklich nicht ein. Auf der anderen Seite wissen wir ganz genau, daß wir in der Richtung Probleme haben. Ich hätte das auch goutiert, wenn wir das wirklich gründlich im Finanz- und Rechtsausschuß durchreden, weil wir haben im Budget die Zahlen vorgesehen. Wir haben darauf reagiert. Diesem Budget haben sie nicht zugestimmt. Und 3 Monate später kommen sie drauf, daß dort ein Problem ist. Das verstehe ich nämlich auch nicht ganz. Darum würde ich sagen, es wäre viel besser - es steht in diesem Blatt kein einziges Modell, es heißt nur, daß wir in die Gießkanne, wenn man den Zahlen glauben darf, sie ist ja mit 250 Lehrlingen angegeben, da wollen sie im ersten Jahresviertel in das Budget S 1,125 Mio. sozusagen zurückklukrieren, da denke ich mir, „warum ist denen das nicht im Dezember eingefallen?“, weil dort hatten wir dasselbe Problem, da haben wir sogar noch höhere Arbeitslosenzahlen gehabt. Also ich denke, daß man prinzipiell diese Sache auf alle Fälle überdenken sollte

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

..... andere Gemeinden

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

..... ja klar, die haben nichts vorbereitet, aber wir haben im Budget schon eine halbe Million vorbereitet. Und wir haben S 12 Mio. für die Betriebe bezahlt, nicht wie die Garstner S 2, S 3 oder S 5 Mio, wenn es

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Niemals.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Niemals, da habe ich mich bei der Kommastelle vertan, Entschuldigung. Also ich denke mir, trotzdem ist diese Geschichte nicht von der Hand zu weisen. Ich glaube, wir sollten das wirklich in aller Ruhe besprechen. Ich denke, daß das eine wichtige Sache ist. Und wir können jetzt nicht sagen, das wischen wir jetzt vom Tisch, weil die S 417,-- sind vielleicht zuwenig oder wirklich ein geringfügiger Betrag, deswegen werden nicht zusätzlich Lehrlinge aufgenommen. Das glaube ich nicht. Ich glaube, daß wir das wirklich im Gremium besprechen sollen. „Was kann man mit dem vorhandenen Geld wirklich optimal machen?“ Und nicht sozusagen im ersten Jahresviertel dann noch plötzlich über eine Million hineinklücken. Also ich würde sie auch bitten, daß sie unter Umständen die Dringlichkeit zurücknehmen und sagen: „ O.K. und das soll in den nächsten ein, zwei Monaten wirklich gut besprochen werden.“

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Frau Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe den Vorsitz

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

..... schon abgegeben. Herr StR. Schloßgangl.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... war er schon vorher? Da haben wir ein kleines Problem, weil sie hat mir den Vorsitz wieder übergeben, also StR. Schloßgangl. Wer sind die nächsten in der Reihenfolge? StR. Bremm, der hat sich schon lange gemeldet, da kann ich mich noch erinnern, vor meiner Wortmeldung. Tatsächlich. Aber gentlemanlike.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Aber ich habe mich schon so, so lange gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird schon so sein.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Präsidium, meine verehrten Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte einmal ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Lehrlingsproblem machen. Ich glaube, es kommt ja nicht von ungefähr und von heute auf morgen, sondern die Problematik ist den Betrieben sehr wohl bewußt, daß sie auf der einen Seite Fachkräfte brauchen, und ich darf aus unserem Betrieb sagen, wir haben zur Zeit 16 Lehrlinge, weil wir uns die Leute, wie wir sie brauchen und wollen, ausbilden und weil sie mit der Firma aufwachsen, vertraut sind und auch eine ganz andere Motivation und ein anderes Klima im Betrieb sowohl die Lehrlinge als auch später die Monteure vorfinden oder die Angestellten, die auch im kaufmännischen Bereich ausgebildet werden. Tatsache ist, daß die Kosten - und das ist schon gesagt worden - für einen Lehrling sehr, sehr hoch sind und aufgrund verschiedener Umstände die Betriebe sich jetzt überlegt und gesagt haben,

1. kostet ein Lehrling sehr, sehr viel,
2. ist er mindestens 4 Monate im Jahr nicht im Betrieb,
3. unterliegt er dem Jugendschutz- und Jugendarbeitsgesetz. Es ist ja ein Unterschied, ob ein Lehrling mit 17 Jahren z.B. in der Gastronomie nicht mehr nach 22 bis 23 Uhr arbeiten darf, ein Hilfsarbeiter mit 17 Jahren aber sehr wohl, weil da kümmert sich keiner darum. Also das ist mit eine Problematik.

Eine weitere Problematik ist, daß die Sozialkosten sehr hoch sind und hier ja Bestrebungen und Überlegungen im Gange sind, die Sozialversicherung zumindest einmal für die ersten zwei Jahre von den Betrieben wegzubringen. Es sind jetzt, glaube ich, zwei Modelle im Gange, entweder eine Mitversicherung bei den Eltern, wie bei den Schülern und Studenten, oder daß von der

Arbeitsmarktverwaltung diese Dienstgeberanteile übernommen werden. Es ist dann noch eine Problematik, und zwar die zweimonatliche Probezeit, die sehr kurz ist, wo man die Lehrlinge eigentlich nicht ausreichend überprüfen und testen kann, ob sie für den Beruf und für den Betrieb geeignet sind. Auch die Behaltspflicht ist sehr, sehr lang, die der Betrieb hat, wenn dieser einen Lehrling ausbildet und dann aber keine ausreichenden Aufträge und Verwendung für ihn hat und diesen ein halbes Jahr behalten muß. Und das sind alle Gründe, warum die Aufnahme von Lehrlingen zurückgegangen ist. Noch ein Problem ist, warum es in Steyr so viele gibt, bis vor kurzem waren es 154 Lehrlinge, ich glaube, im Moment sind es jetzt 132, die einen Arbeitsplatz suchen, daß viele nur ihren Traumberuf lernen wollen. Daß sie nicht flexibel sind und sagen, ich lerne etwas anderes und schaue, daß ich dann in einem artverwandten Beruf unterkomme. Das ist, glaube ich, die Problematik.

Zur Lehrlingsförderung oder zur Förderung von Betrieben, die Lehrlinge aufnehmen, haben wir uns gedacht, daß wir hier einen Anreiz geben sollen, wie in anderen Gemeinden auch, Sierning wurde erwähnt. Die zahlen ja sehr viel, weil sie anscheinend in der Gemeinde eine ganz große Zahl an arbeits- oder lehrstellensuchenden Jugendlichen haben. Ich weiß, daß diese S 5.000,-- für einen Betrieb nicht sehr viel sind. Ich persönlich, aber wir müßten uns eigentlich beraten, könnte mir vorstellen, daß wir diesen Antrag noch einmal überdenken und unter Umständen im Finanz- und Rechtsausschuß beraten. Wir wollen damit nur - und da möchte ich dann bitten, daß wir eine kurze Unterbrechung machen. Da müssen wir uns wirklich beraten. Das ist jetzt nur spontan meine persönliche Meinung dazu, und daß wir den Anstoß geben, daß man auch in Steyr eine Aktion setzt, die zumindest einen gewissen Anreiz für Betriebe darstellt, daß sie sich überlegen, Lehrlinge einzustellen. Daß um S 5.000,-- nicht unbedingt jemand zusätzlich einen Lehrling aufnimmt, bitte schön, das leuchtet mir auch ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr ver

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ist das ein Sitzungsunterbrechungsantrag oder Geschäftsordnungsantrag?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber er ist gerade am Wort, du bist

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Entschuldigung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.... dann der nächste. Das habe ich auch vorgeschlagen, das brauch' ich dann nur zum Antrag erheben, dann wäre es eine Geschäftsordnung, die wissen wir ja, aber wir möchten darüber ernsthaft diskutieren und nicht etwas abwürgen. Das ist auch entscheidend, weil die Sache zu ernst ist.

Kollege Bremm und dann Dr. Tilman Schwager.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube die Absicht der Frage Lehrlingsproblematik, die ja nicht nur im Raum Steyr, sondern auch österreichweit ein Problem ist, ist wirklich zu begrüßen und ist sicher als sehr lobenswert zu sehen. Gerade was den Antrag anlangt, müßte ich jetzt als Betriebsratsvorsitzender der SNF einen herzlichen Dank sagen, S 5.000,-- Prämie für die, die sowieso aufgenommen werden. 40 werden wir im Herbst mit 1. September wieder aufnehmen, das wären S 200.000,--, für die wir keine Leistung erbringen müssen. Ich glaube, hier sollten wir doch die Lehrlingsproblematik, die schon einige meiner Vorredner angeschnitten haben, sehen. Es geht um die Lehrlinge oder um die Jugendlichen, die schon im vergangenen Herbst keinen Lehrplatz und keinen Schulplatz zur Verfügung gehabt haben. Und wir werden wieder aller Voraussicht nach im Herbst, mit Schuljahrende, eine zusätzliche Anspannung für Jugendliche am Arbeitsmarkt zu erwarten haben. Und ich glaube, hier soll doch unsere Stoßrichtung als Kommune, als Stadt Steyr, in die Richtung gehen, daß wir nicht Lehrplätze fördern und unterstützen, die sowieso vorhanden sind und wo sowieso aufgenommen wird, sondern wir sollten hier Anreize schaffen, daß zusätzliche Lehrplätze entstehen, daß zusätzliche Lehrplätze geschaffen werden. Die Diskussion, die allgemein jetzt in der Öffentlichkeit über die Kosten der Lehrlinge geführt wird, glaube ich, werden wir als Stadt Steyr, als Kommune, nicht lösen können. Wir werden auch nicht in der Lage sein, die Lehrlingskosten mit Subventionen der Stadt hier zu reduzieren und zu entspannen. Es ist ja hier auf Regierungsebene ein Lehrlingspaket in Verhandlung, das demnächst im Nationalrat beschlossen werden soll, wo hier Maßnahmen für eine bessere Kostenstruktur bei Lehrlingen vorgesehen ist. Für uns glaube ich und da kann ich nur das unterstreichen, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, daß wir diese Richtung gehen sollen. Wir sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sollen hier Anreize schaffen, die es ermöglichen, die dazu beitragen, daß zusätzliche Lehrlinge in den Betrieben aufgenommen werden. Ich möchte daher auch den Antrag auf die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Finanz- und Rechtsausschuß stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich verzichte auf die Wortmeldung, danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also interpretiere ich dich richtig, daß du dich in ähnlicher Weise äußern wolltest? Ja gut. Das ist ein Geschäftsordnungsantrag, zu dem kann jede Fraktion eine Stellungnahme abgeben.

Mehrere unverständliche Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dieser Antrag ist ein Antrag zur Geschäftsordnung.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

..... Unterbrechung der Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da steht es, Antrag auf Verweisung einer Angelegenheit zur

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du kannst jetzt einen 2. Geschäftsordnungsantrag zur Unterbrechung der Sitzung stellen. Tust du das?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, wenn es jetzt

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Tust du das, ja? 5 Minuten, 10 Minuten, da gehe ich eine rauchen. Wird dem Antrag Schloßgangl stattgegeben? Jawohl. 10 Min. Sitzungsunterbrechung.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 17.50 UHR BIS 18.00 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf fragen, wer

das Wort zum Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Finanz- und Rechtsausschuß zur weiteren Beratung wünscht, mit dem Ziel, für das Lehrlingsproblem eine möglichst effektive Lösung zu finden? Zu Wort gemeldet hat sich StR. Spöck, ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Was mich besonders freut, insbesondere im Interesse der Lehrlinge, ist, daß wir dieses Thema auch heute im Gemeinderat diskutiert haben. Es ist sehr viel Neues aufgetaucht, sehr viele Ideen bzw. Probleme von seiten der Wirtschaft, die unter Umständen dann auch berücksichtigt werden müssen. Für uns neu war auch in der Fraktion, daß wir von Herrn Bürgermeister gehört haben - und das muß ich hier auch offen sagen -, daß es Verhandlungen mit der Arbeitsmarktverwaltung gibt. Der Gemeinderat bzw. der Stadtsenat ist ja darüber leider nicht informiert worden. Dieser Vorschlag war von unserer Seite her keine populistische Handlung. Ich habe ja gesagt, die Gemeinde Garsten z.B., oder andere Gemeinden haben in ähnlicher Weise gefördert. Die Problematik ist in meinen Augen sicherlich zu wichtig, und ich kann daher vorschlagen, bzw. hat unsere Fraktion beschlossen, auch dem Antrag zuzustimmen, daß dann dieser im Finanz- und Rechtsausschuß dementsprechend behandelt wird und wir hier zu einer Lösung im Interesse der Lehrlinge kommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Sehr wertvoll der Beitrag, weil die Sache ist sehr wichtig, und wir sollen also die vorhandenen Mittel vom AMS, die es dafür gibt, mit einer Bundesförderung im Ausmaß von S 8.000,- pro Monat, wenn ich das dem hohen Gemeinderat auch zur Kenntnis bringen darf. Ich habe dem Dr. Fröhlich, Personaldirektor bei SDP, nach Rücksprache mit dem Sekretär des Sozialministers, diese S 8.000,- pro Monat angeboten, daß das zur Verfügung stünde. Der hat mir mitgeteilt, daß man mit den S 8.000,- niemand „hinterm Ofen hervorlocken kann.“ Ihr könnt' euch also vorstellen, Originalton Dr. Fröhlich, damit wir uns da verstehen. Also wir müssen wahrscheinlich die finanziellen Möglichkeiten des Bundes, des AMS und unsere halbe Million bündeln, um einigermaßen effektiv zu sein und dazu unsere 5 oder 6 Lehrlinge, da bringen wir, glaube ich, doch eine Anzahl zustande, die man dann präsentieren und herzeigen kann. Und daher bin ich dankbar, wenn wir uns alle unter der Vorstellung versammeln könnten. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantragsverweis in den Finanz- und Rechtsausschuß? Nicht mehr der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen und geht zur weiteren Beratung in den Finanz- und Rechtsausschuß.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf mitteilen, daß wir heute ausgabenwirksame Beschlüsse im Ausmaß von S 25,145.900,- gefaßt haben.

GR Josef Brandstötter und GR Franz Rohrauer verlassen um 18.10 Uhr die Sitzung.

Aktuelle Stunde

SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich hätte ein Thema.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich werde die Sitzung nicht verlängern. Es liegt mir aber sehr am Herzen, es geht um die Ankündigungsabgabe für Prospektwerbung. In den OÖ. Nachrichten, am Dienstag, dem 18. März, habe ich einen Artikel über die Ankündigungsabgabe für Prospektwerbung gelesen, der - so dieser Artikel - von der Steyrer FP beantragt worden ist. Ich war eigentlich sehr verwundert, weil es im Prüfungsausschuß behandelt worden, und der Prüfungsausschuß sollte ja ein vertrauliches Gremium sein, es stand aber trotzdem in der Zeitung. Ich glaube, wenn es nach der Steyrer FP geht, sollte im Stadtgebiet von Steyr für sämtliche Flugblätter, Prospekte, Zeitungen eine Ankündigungsabgabe bezahlt werden. Im Städtedreieck Linz, Wels und Steyr wären wir damit die einzigen, die diese Abgaben einheben. Als Mitglied des Steyrer Wirtschaftsverbandes muß ich die Freiheitliche- und auch die ÖVP-Fraktion darauf hinweisen, daß mit der Einführung einer solchen Abgabe allein in Steyr die Wettbewerbsverhältnisse im Vergleich zu den anderen Städten des öö. Zentralraumes verschlechtert werden. In einer Zeit nämlich, in der versucht wird, viele Betriebe in Steyr anzusiedeln, wo man sich auch sehr um die Nahversorgung bemüht und auch durch verstärkte Werbeaktivitäten die Stadt Steyr und damit die Steyrer Unternehmungen besser bekanntmacht. Um die Wirtschaftskraft in Steyr zu stärken, wäre die Einführung einer Abgabe, alleine in Steyr, wahrlich ein starkes Stück. Unser neuer Slogan Steyr, ein starkes Stück Stadt wäre dadurch, das ist meine Meinung, mit einem sehr negativen Beigeschmack in aller Munde. Eine Einführung der Ankündigungsabgabe auf Prospektwerbung kann ich mir nur im Gleichklang mit den Gemeinden unserer Region sowie der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr vorstellen. Nur wenn alle Gemeinden und Städte diese Abgabe einheben, ist auch der Wettbewerb unter den Unternehmen gleich, wenn überhaupt man sich das vorstellen kann. Eine Ungleichbehandlung und damit eine Schlechterstellung der Steyrer Unternehmen lehne ich ab. Ich möchte dazu noch kurz erwähnen, ich habe mir auch Unterlagen eingeholt. In den Städten, wie Wien, Linz, Wels, Eisenstadt, Rust, St. Pölten, Krems, Waidhofen a.d.Ybbs, Wr. Neustadt, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, Villach und Graz wird nichts eingehoben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Für die FP hat sich Kollege Dr. Schwager gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, nachdem dieser Beratungsgegenstand aus der letzten Prüfungsausschußsitzung vom vergangenen Montag erstaunlicherweise schon am Dienstag in der Presse seinen Niederschlag fand und jetzt eben in der Aktuellen Stunde wir hierauf angesprochen sind, darf ich dazu auch Stellung nehmen. Wir haben tatsächlich diesen Vorschlag einmal generell vom Kontrollamt, ich sage immer Kontrollamt, weil es für mich einfacher in der Ausdrucksform ist, auf seine Effektivität und seine Wirtschaftlichkeit überarbeiten lassen und sind draufgekommen, daß wir ein tägliches Steueraufkommen von - und das ist die vorsichtigste Rechnung - minimal S 3.200,-- hätten. Das käme auf ein jährliches Steueraufkommen von ungefähr 1 Million Schilling. Diese Idee, die ja noch nicht ausdiskutiert ist, die aber eben einmal angerissen wurde, und der Vorschlag war der, ich kann es ja ruhig sagen, es war ein Antrag meinerseits, der dann auch Unterstützung von seiten der ÖVP-Fraktion gefunden hat, als Prüfungsausschuß an den Gemeinderat den Antrag heranzutragen, und da wäre es erst behandelt worden, diese Prospektsteuern - nennen wir sie so - einzuführen. Von seiten der SPÖ-Fraktion ist da sicher auch der diskutierbare Vorschlag gekommen, man sollte das

zunächst einmal im Kreise der Fraktionsobleute besprechen. Ja warum nicht? Und über das ist demokratisch abgestimmt worden, und mein Antrag ist untergegangen. Ich bin deswegen nicht böse und habe das von vornherein auch so gesagt. Über den Gegenstand selbst werden wir sicherlich zu diskutieren haben, denn über kurz oder lang wird dieser Antrag kommen. Ich sehe es ein, daß gewisse Wirtschaftstreibende hiemit keine Freude haben, aber ich glaube, daß es sogar eine, wenn schon, dann eine Wettbewerbsverschiebung zugunsten der Klein- und Mittelunternehmungenrechte, die nämlich keinen großen Werbeaufwand betreiben, wie Großunternehmen, wie Filialisten, die hier in Steyr vielleicht eine Filiale haben und die Ortsansässigen im Wettbewerb niedergehen. Es träfe auch nicht nur Steyrer Unternehmungen, sondern solche, die in Steyr Prospekte verteilen. Ich stehe nach wie vor zu dieser Art der Einhebung einer Abgabe, nachdem die Einhebungskosten relativ gering sind, aber ich will jetzt nicht in einer Aktuellen Stunde ein Sachthema erörtern, das eben, weil mein Antrag im Ausschuß untergegangen ist, deswegen nicht hereingekommen ist. Und ich suche diesen Umweg jetzt nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. ÖVP? Kollege Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich war am Dienstag in der Früh, so um halb sieben, baß erstaunt, wie ich - ja um halb sieben, da habe ich meine Zeitung am Türdackerl und beim Frühstück lese ich die Zeitung und lese dann bei den OÖ. Nachrichten: „Steyr - Debatte um Abgabe.“

GR Richard Gollatsch hält die OÖ. Nachrichten mit dem Artikel hoch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wenn schon von verschiedenen Mitgliedern in Ausschüssen - und ich habe das hier schon einige Male gesagt -, die Vertraulichkeit der Ausschüsse so gehandhabt wird, daß das, was also am Montag um 7.45 Uhr oder 8.00 Uhr im Rathaus in einem nicht öffentlichen Ausschuß besprochen wird, am Dienstag bereits in der Presse steht, muß ich sagen: „Da stimmt irgend etwas nicht“. Und Herr Bürgermeister ich fordere sie auf, hier eine Untersuchung Platz greifen zu lassen, die hier einmal die Löcher im System erkennen läßt. Zweitens bin ich noch mehr erstaunt. Nein, erstaunt bin ich nicht, sondern das ist so, wenn irgend jemand etwas an die Presse gibt, daß das Teilwahrheiten sind. Denn was hier in diesem Artikel steht, stimmt ganz einfach nicht. So war es nicht. Und Tilman hat es schon gesagt, wir haben weder einen Antrag, wie heißt es hier herinnen so schön: „Überraschend eine Ankündigungsabgabe für Prospektwerbung einzuführen.“ Das muß einem jeden, der in diesem Ausschuß drinnen ist, klar sein, daß der Ausschuß das gar nicht kann. Ein Ausschuß kann Anträge und weiß Gott etwas machen, aber er selbst kann nichts einführen. Wenn einer schon die Vertraulichkeit verletzt, dann soll er zumindest die Wahrheit schreiben lassen und nicht irgendeinen Blödsinn. Und das was hier in der Zeitung steht, ist ein absoluter Blödsinn. Ich darf noch einmal zur Vertraulichkeit sagen, im § 20 Öffentlichkeit der Sitzungen steht: Die Beratungen und Beschlußfassungen in nicht öffentlichen Sitzungen sind vertraulich, sie dürfen ausschließlich für amtliche Zwecke aufgezeichnet werden. Ich weiß nicht, war das ein amtlicher Zweck, oder ist das vom Amt gekommen? Ich weiß es nicht?! Ich bitte da um Aufklärung. Eines muß ich noch sagen, ich

habe das Statut nicht mitgebracht, lieber Tilman, mit deinem Antrag ist dir ein Fehler passiert, du hättest ihn nämlich gar nicht machen dürfen, weil Anträge sind in schriftlicher Form usw., steht auch im § 38, Sitzung der Ausschüsse, einzubringen.

Zwischenruf:

Über welchen ist abgestimmt worden?

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Es ist in diesem Ausschuß - und das hat Tilman schon gesagt -, zur Weiterleitung an den Finanz- und Rechtsausschuß abgestimmt worden und nicht über einen Antrag, daß der Ausschuß das macht. Der Ausschuß kann das gar nicht. Der Ausschuß kann empfehlen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber in der Zeitung steht es auch.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ja! In der Zeitung bitte ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muß mich nach der Zeitung richten, weil ich

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wer auch immer das in die Zeitung gegeben hat, ich habe ja gesagt: „Das ist ein Blödsinn, das ist falsch.“ Und noch einmal Herr Bürgermeister, ich ersuche dringend, dieses Loch hier im System zu stopfen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne dazu? Bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich möchte nicht näher darüber sprechen, wie dieser Beitrag hinausgekommen ist.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Das wäre schon gut.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Tatsache ist - ich weiß es nicht -, er ist in der Zeitung gestanden und heute geht es darum, sozusagen sachlich über diesen Antrag zu diskutieren und nicht über die Tatsache, wie und was hinausgegangen ist. Ich habe damals dem Antrag aus dem Grund nicht zugestimmt, weil ich die Maßnahme für nicht sehr effektiv halte. Wir lukrieren anscheinend 1 Million Schilling, und ich kann mir gut vorstellen, daß wir einen Großteil dieser 1 Million für Verwaltungsaufgaben aufwenden müssen. Und es ist aus diesem Grund für mich nicht sehr sinnvoll gewesen, eine neue Steuer einzuführen, wo dann sozusagen das meiste vom Amtsschimmel aufgefressen wird. Und das war mein Beweggrund, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich glaube, es gibt viel effektivere Wege, um zu neuen Steuern zu kommen. Dieser Punkt ist lasch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich persönlich, weil ich wegen der Vertraulichkeit angesprochen worden bin, kann nur eines sagen, Herr Kollege Gollatsch, bei mir rennst du mit dem Wunsch offene Türen ein. Und ich habe wiederholt aufgefordert, in Ausschüssen, gerade in Richtung Prüfungsausschuß, auch den Vorsitzenden, wie er sich erinnern kann und der das durch ein bedächtiges Kopfnicken anzeigt, daß das gerade dort sehr, sehr oft üblich ist, daß hier diese Vertraulichkeit, die gerade im Prüfungsausschuß, nämlich - wenn es da überhaupt einen Unterschied gibt - eine noch höhere sein sollte als in anderen Ausschüssen. Weil wir uns sensible Bereiche ansehen wollen, um bessere Entscheidungsgrundlagen zu haben oder Fehlentwicklungen zu stoppen bzw. richtige Entwicklungen anzustreben und Korrekturen vorzunehmen. Daher muß ich sagen, ist es besonders bedauerlich, daß das immer wieder vorkommt. Und ich muß auch sagen, ich erinnere mich daran, daß wir schon des öfteren sehr unangenehme Dinge mit der Vertraulichkeit erleben mußten, die leider wirklich am nächsten Tag in der Zeitung standen, wie Vorwärtsfinanzstatus usw.

Ich habe - vielleicht zu deiner Information - am Anfang meiner Tätigkeit, als ich noch etwas naiver war, geglaubt, daß das vielleicht von Bediensteten des Magistrates hinausgeht. Ich habe Anzeige, wegen Bruch der Amtsverschwiegenheit, bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Und es hat tatsächlich eine Untersuchung stattgefunden, die allerdings dann eingestellt wurde. Und man hat uns mitgeteilt, wenn Unterlagen in einem Ausschuß - in einem politisch besetzten Ausschuß mit 12 Mitgliedern - ausgehändigt werden, daß der Schluß naheliegt, daß das eben von politischen Funktionären weitergespielt wird. Die Motive sind dort klarer zu Tage getreten als bei den Magistratesbediensteten. Das war das Ende dieser Untersuchung. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich habe nicht die Absicht, irgendwelche großen Geheimnisse hier zu haben, und man macht doch gleich seine Akten. Mich stört es ganz besonders dann, wenn unter Umständen durch den Bruch der Vertraulichkeit schwere wirtschaftliche Schäden entstehen oder daß irgend jemand in Mißkredit gebracht wird, das könnte uns

z.B. einmal eine kräftige Anzeige einbringen. Und besonders schwierig ist es für mich dann, wenn ich auf der einen Seite, um den demokratischen Grundsätzen zu genügen, über eine Linie, über eine Vorgangsweise, informiere und mich abstimme, ob irgendeine Vorgangsweise in einer Verhandlung, wo es oft um viel Geld geht, überhaupt mehrheitsfähig ist. Das muß ich ja auf der einen Seite tun, weil ich kann ja nicht verhandeln und dann gibt es keine Mehrheit dafür. Also das würde die Reputation der Stadt Steyr sehr negativ betreffen. Auf der anderen Seite, wenn das am nächsten Tag in der Zeitung steht, ist unter Umständen der Verhandlungspartner - um nicht zu sagen Gegner - natürlich sehr leicht in der Lage, sich in einer gewissen Weise zu orientieren, die maßgebliche, finanzielle Nachteile für die Stadt nach sich ziehen könnte. Ich kann nur immer - auch in diesem Kreis heute - wieder appellieren, daß wir wirklich das Gemeinsame und die Vertraulichkeit in den Vordergrund stellen sollten. Wir können uns dort gerne auseinandersetzen, aber dieses ständige Hinaustragen ist wirklich äußerst problematisch, und ich unterstütze vollinhaltlich, was Kollege Gollatsch gesagt hat und sage es selbst auch einmal mehr. Das kann natürlich nur ein Appell sein. Ich weiß nicht, was im Falle, wenn Beweise erbracht werden, passieren könnte, aber die Redakteure verschanzen sich dann hinter dem Redaktionsgeheimnis. So laufen die Geschichten, es tut mir leid, aber das ist wieder einmal so gewesen. Vielleicht war es gut so, daß wir diesen Aspekt des Vorganges zur Prospektabgabe auch mitangesprochen haben.

Gibt es ein weiteres Thema in der Aktuellen Stunde? FPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Das jetzige Thema paßt zum vorherigen überhaupt nicht, das muß ich dazusagen. Das vorherige Thema hat mich auch sehr belastet. Ich gebe dir da 100 %ig recht, das sind Vorgänge, die mich einfach stören. Aber finden wir einmal wieder zu etwas Positivem. Ich spreche hiemit die Werbekampagne der Stadt Steyr an, die Präsentation im Festsaal des Rathauses. Es ist in der Presse wohl auch ein sehr gutes Echo herübergekommen. Und es ist in der Presse vor allem sehr gut herübergekommen, daß es daran sehr stark liegen wird, daß wir die Bevölkerung in die Richtung motivieren, daß sie sich mit der Stadt noch mehr identifiziert. Und zu diesem Zweck finde ich die gewählte oder auch eine schlagkräftige Werbelinie als bestens zielführend. Über Geschmack läßt sich streiten. Ich kann nur sagen, mir haben von den 3 vorgestellten Bildern zwei ganz hervorragend gefallen und eines sehr gut gefallen. Also das ergibt einen ordentlichen Schnitt. Dazu kann man nur sagen, wenn wir schon eine neue Abgabe einführen wollen - wer war das? -, dann führen wir eine Jammerer-Abgabe ein. Es gibt so Defätisten, wie man früher gesagt hat, ich getraue mir das Wort gar nicht zu sagen, weil sonst kommt man vielleicht auch damit wieder in Verruf, die am liebsten den Slogan „Steyr stirbt“ oder etwas Ähnliches verbreitet hätten. Es klingt arg, aber es gibt solche Leute. Und es gibt solche Leute auch in der Wirtschaft. Ich meine, ich habe das schon einmal einem solchen angedroht, ich habe gesagt: „Und wenn's um dich geht, die Steuer, die führen wir ein.“ Das ist jetzt natürlich etwas überspitzt gesagt, aber ich will damit nur zum Ausdruck bringen, wir müssen diese positive Welle, die jetzt unsere Werbung genommen hat, mittragen und uns von ihr mittragen lassen. Wir wollen diesen Trend nach oben erkennen. Es ist schon damals bei der Präsentation über das symbolträchtige Y gesprochen worden. Ich kann dem auch nur beitreten, ich habe zwar in einem Ausschuß einmal gesagt - ich habe es, glaube ich, einmal auch im Plenum gesagt -, daß ich mich mit dem Ersatzlogo für das Stadtbad nicht unbedingt anfreunden kann, aber wie gesagt, der längere und spitze Ast sieht aus wie ein blauer Pfeil, der nach rechts oben ragt, der linke ist zwar breiter, aber dafür stumpf. Man kann eben das Y auch so lesen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der Pfeil ist auch nicht recht spitz.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Schauen sie sich das Logo an, ich meine, ich habe jetzt über das gesprochen. Die Y-Symbolik war immer eine Lebenssymbolik. Das haben wir in den Ägyptischen Hyro -

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hiero

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hieroglyphen heißt es, endlich habe ich es - das ist das Symbol der Lotosblume, wir finden es im indischen Kulturbereich als Symbol der Lotosblume und es geht hinein ins „Südostiasische“, Südasiatische. Ich glaube, wenn man einmal im Versprechen drinnen ist, dann kommt man nicht mehr heraus. Ich muß mich beim Ö3 bewerben. Auch das Y bei uns.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Nicht persönlich nehmen, wenn ich jetzt sage „Schurke“.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Das Y ist ja bekanntlich in unserer Urmythologie das Lebenssymbol, während es am Kopf steht, ist es das Todessymbol. Es geht aufwärts Freunde, und das möchte ich hier getragen haben. Etwas stört mich, und zwar was unser Stadtbild anlangt, das sind die vielen Fahnen, die als Anlaß eines günstigen Ereignisses, daß nämlich ein größerer Betrieb hier in Steyr Herr geworden ist, an den Masten herumhängen. Man kann auch darüber debattieren, wie man will. Ich weiß nur eines, daß wir im Juli 1994 mit dem Werbering einen Vertrag abgeschlossen haben und denen die ausschließliche Nutzung dieser Lichtmasten überlassen haben, und das nur in der Form, daß sie Tafeln im Ausmaß von 80 x 120 cm anbringen dürfen. Von den Fahnen war keine Rede. Ich hoffe, daß das nur ein vorübergehendes Ereignis ist. Wo zu viele Fahnen wehen ist oft Gefahr. In dem Fall auch wieder von den Filialisten. Aber noch einmal zusammenfassend, ich kann nur sagen, die Aktion ist geglückt, tragen wir sie mit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich kann nur sagen, die Werbekampagne ist positiv angelaufen und höchsterfreulich die Beteiligung, auch die Stimmung. Ich glaube auch, daß der Slogan selbst nach einer gewissen - es schreien nicht alle gleich vor Begeisterung, es hat sehr viele gegeben, die auch andere getextet haben, ist ja logisch - ich glaube, er geht sehr ins Ohr und er wird sicher seine Wirkung haben. Ich höre ein überwiegend positives Echo, ich hoffe, es bleibt so. Der Slogan ist auch sofort in Verwendung und schon überall auf den Plakaten. Es ist hervorragend gelaufen und höchsterfreulich.

Zum C&A muß ich sagen, das ist nicht so, daß das in irgendeiner Weise beabsichtigt war oder hier das Unternehmen in einer entsprechenden Weise auch hier die Genehmigungen eingeholt hätte. Ich sage das hier ganz offen. Alle waren eigentlich überrascht, aber diese ausgebufften Werbeleute dieser großen Konzerne vereinnahmen das einfach. Auf der einen Seite eine große Freude und neue Arbeitsplätze und auch ein Magnet für die Leute und die Einkaufsstadt. In der Umgebung dieses Geschäftes habe ich z.B. von anderen Geschäften, Dienstleistungen, Konditoreien usw. das recht positiv kommentieren gehört. Die sagen, daß sich das Geschäft deutlich hebt, es kommen mehr Leute. Also es ist hier sehr befruchtend. Sie haben auch großzügigerweise für ein soziales Projekt gleich S 100.000,-- gestiftet und die Kindergartenkinder von der Wokralstraße als Nachwuchsmodelle eingesetzt. Das war ganz entzückend. Und sie haben für den Kindergarten ein Körberl Geld gegeben. Aber die Genehmigung für das Aufhängen der Fahnen haben sie nicht gehabt. Ich habe es aber auch nicht gut sein lassen und habe denen sofort sagen lassen: „Liebe Leute, bei uns wird angesucht, nur weil es sich um eine Betriebsgründung handelt, lassen wir sie nicht gleich runter- räumen, aber ihr bekommt sehr wohl dafür eine Rechnung, weil ihr nützt da öffentliches Gut.“ Ich bin das nicht schuldig geblieben. Es wird das hier nicht so bleiben, sondern ich kenne jetzt den Termin nicht, er ist temporär. Ungefähr in der Woche der Eröffnung wird das sein. Ich nehme an...

Unverständliche Zwischenrufe

Also das ist eine temporäre Erscheinung. Ich würde auch nicht anderen zustimmen, daß die kommerzielle Werbung einfach die Stadt völlig vereinnahmen kann, aber im Fall einer Betriebsgründung; ich wollte da nicht einen Affront setzen, gerade wenn die herkommen und sich da großzügig einstellen. Ich muß das vielleicht zur Erklärung dazu sagen. Das ist eine Zeit etwas ohne unsere Mitwirkung gelaufen. Weil die sagen, wir sind da, so sind die alle, und daher - die Wirtschaft braucht auch irgendwo ihre Begrenzungen und ganz ohne Regulativ geht es da nicht ab, die totale Liberalisierung führt dorthin, wo wir es also da auch einmal so streifenartig gesehen haben und wir uns das eigentlich auch nicht wünschen.

Wünscht die ÖVP zu diesem Thema von Tilman Schwager Stellung zu nehmen - Medienkampagne C&A? Vielleicht ein paar neue Bedeutungen des Y?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Kollegen des Gemeinderates, das neue Sujet, das wir vorgestellt bekommen haben, ist sehr schön. Wir haben es ja auch aus verschiedenen Medienberichten gehört, daß es sehr gut ankommt. Ich war in der Jury dabei, wie der Slogan ausgewählt wurde. Ich muß ganz ehrlich sagen, er hat mich nicht vom Sessel gerissen. Ich habe mir eigentlich erwartet, daß unter den 4.700 und etlichen einige bessere dabei waren. Er ist jedoch sehr markant. Man muß sich daran gewöhnen. Und ich habe mich auch belehren lassen, die Werbefachleute sagen, daß er gut klingt. Er geht ins Ohr, also das wird eine gute Werbung oder das ist eine gute Werbung für Steyr. Über die Urteilsfindung bin ich auch nicht

ganz glücklich. Es war die Situation so, daß man mit Punkten bewertet hat und natürlich je später da jemand dort hinkommt und vielleicht schon sehr viele Punkte vorfindet, daß man da ein bißchen beeinflusst ist. Das möchte ich nur im internen Kreis einmal sagen. Tatsache ist, daß diese Werbung ansonsten gut ist, und ich hoffe, daß sie auch bald über die Grenzen Steyrs, Oberösterreichs, Österreichs hinaus und vielleicht auch international Anklang findet. Was die Eröffnung der Fa. C&A betrifft, glaube ich, ist das für Steyr ein sehr wertvoller Gewinn, wenn man speziell am Abend vorbeigeht und die Geschäfte beleuchtet sind, ist es vielleicht eine kleine Arkade wie in Linz. Und ich muß sagen, es hat nicht nur diesen Stadtteil, sondern Steyr selbst sehr stark aufgewertet. Die Geschäftsleute in der Innenstadt sind natürlich im Moment etwas desperat, weil sie fast wie ausgestorben ist. Februar, März sowieso eine tote Zeit. Gerade für Textilianer, Schuhgeschäfte u.dgl.m., und sich jetzt natürlich alles bei dem neuen Geschäft einfindet. Ich finde, die Werbung mit dem Hund war ganz hervorragend. Ein riesen Spektakel, angeblich der größte Hund der Welt. Ich glaube, sie sind damit sogar im Guinnessbuch der Rekorde. Und es war einmal etwas anderes, etwas Einmaliges. Sehr gut hat mir auch die Antrittsrede des Direktors von der Fa. C&A gefallen, der sehr gute Argumente gebracht hat, und vor allem auch diese soziale Einstellung, daß er für die Stadt, für soziale Zwecke, S 100.000,- gespendet hat. Daß sie in der Benützung anderer oder eines öffentlichen und auch privaten Gutes, sie haben z.B. den Hund an unser Firmenschild, ohne zu fragen, angehängt

Gelächter

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich meine, in Anbetracht dieser Eröffnung und dieser Betriebsgründung bzw. Betriebsansiedlung habe ich darüber hinweggesehen und habe gesagt: „O.K., ich will das nicht einmal ins Gespräch bringen.“ Und vermutlich waren es auch die Leute, die dieses Gerüst dort installiert haben. Ich glaube, es ist sicher ein guter Gewinn. Wir haben wieder Arbeitsplätze bekommen. Ich hoffe, daß sich die Kaufkraft der Steyrer heben wird, daß auch alle anderen Mitbewerber im Zentrum und in den anderen Stadtteilen darunter nicht allzusehr leiden und ihre Geschäfte abwickeln können. Im wesentlichen eine ganz gute Sache, und wir können froh sein, daß diese Firma da ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Grüne dazu? Kein Bedarf. ÖVP noch ein Thema? Nicht der Fall. Grüne? Auch nicht. Damit, meine Damen und Herren, sind wir tatsächlich am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe sie.

ENDE DER SITZUNG: 18.39 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR. Anton Obrist GR Hans Dieter Götz

Elke Kotas GR Richard Gollatsch